

III-10 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
XV. Gesetzgebungsperiode

1979 -07- 11

BUNDESMINISTERIUM FÜR HANDEL,
GEWERBE UND INDUSTRIE

Bericht über den Stand der Europäischen Integration
hinsichtlich der österreichischen Wirtschaft sowie
über die von der Bundesregierung im Hinblick auf die
Integration gesetzten innerösterreichischen Maßnahmen

(Integrationsbericht 1978)

I

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
A <u>Einleitende Bemerkungen</u>	1
B <u>Maßnahmen im Hinblick auf die vertraglichen</u> <u>Beziehungen mit den Europäischen Gemein-</u> <u>schaften, insbesondere die Freihandelsabkommen</u>	1
I Freihandelsabkommen Österreich-EWG	1
1) Tätigkeit des Gemischen Ausschusses - Allgemein	1
2) Beschlüsse auf dem Sektor der Ursprungs- regelung und Zollnomenklatur	4
3) Sensible Produkte	5
II Freihandelsabkommen Österreich-EGKS	7
1) Tätigkeit des Gemischten Ausschusses - Allgemein	7
2) Preisbestimmungen für Eisen- und Stahlprodukte.	8
3) Kontaktgespräche Österreich-EGKS	8
III Abkommen über die Einführung direkter inter- nationaler Eisenbahntarife im Durchgangsverkehr mit Kohle und Stahl durch Österreich (EGKS-Tarifabkommen)	9
IV Gemeinschaftliches Versandverfahren und Transitabkommen Griechenland/Türkei	9
V Europäisches Patentübereinkommen	10
C <u>Europäische Freihandelsassoziation (EFTA)</u>	11

II

	Seite
D <u>Die österreichische Wirtschaft im Rahmen der Europäischen Integration</u>	14
I Der Warenverkehr	14
1) Auswirkungen der wirtschaftlichen Integration auf den österreichischen Export (Marktanteile)	14
2) Entwicklung des Inlandmarktanteils der österreichischen Industriegüterproduktion ...	15
3) Warenverkehr mit den EG- und EFTA-Staaten - länderspezifische Darstellung	16
II Die Industrie	24
Allgemeine Bemerkungen	24
Branchenspezifische Darstellung	24
1) Grundindustrie	24
2) Weiterverarbeitungsindustrie	27
3) Konsumgüterindustrie	28
III Die Landwirtschaft	30
1) Die Entwicklung des agrarischen Warenverkehrs mit den EG sowie österreichische Schritte gegenüber der Gemeinschaft	
2) Rinder und Rindfleisch	
3) Milcherzeugnisse	
4) Wein	
5) Sonstige Probleme am Agrarsektor	

III

	Seite
IV Andere Bereiche	33
1) Arbeitsmarktpolitik	33
2) Raumordnungsfragen	34
E <u>Integrationsentwicklung auf anderen Gebieten</u>	35
I Wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit der europäischen Staaten und EURONET	35
II Verkehrspolitik	36
1) Zusammenarbeit auf verschiedenen allgemeinen Gebieten am Sektor Verkehr	36
2) Verhandlungen im Hinblick auf ein Abkommen zur Liberalisierung des grenzüberschreitenden Gelegenheitsverkehrs mit Omnibussen	38
III Zusammenarbeit mit den EG auf dem Gebiet des Umweltschutzes	38
IV Konjunktur- und Währungsfragen, informative Gespräche Österreich-EG	39
V Europäisches Markenrecht	40
F <u>Die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaften im Jahre 1978</u>	40
G <u>Schlußbemerkungen</u>	53
<u>Statistischer Anhang</u> (Tabellen 1 - 13)	

- 1 -

A Einleitende Bemerkungen

Die Bundesregierung legt seit Inkrafttreten der Freihandelsabkommen Österreich-EWG und Österreich-EGKS nun den sechsten Jahresbericht vor, der insbesondere die Maßnahmen der Bundesregierung im Hinblick auf die wirtschaftliche europäische Integration sowie die Auswirkungen der Integration auf die österreichische Wirtschaft im Jahre 1978 zum Gegenstand hat. Der Bericht sollte eine Grundlageninformation zur Prüfung des gegenwärtigen Standes der europäischen Integration hinsichtlich der österreichischen Wirtschaft sowie zur Erörterung künftiger Entwicklungen bieten.

Die Bundesregierung wird bei den Beratungen des gegenständlichen Berichtes im Nationalrat bzw. im Bundesrat weitere Informationen hinsichtlich aktueller Entwicklungen erteilen.

B Maßnahmen im Hinblick auf die vertraglichen Beziehungen mit den Euro- päischen Gemeinschaften, insbesondere die Freihandels- abkommen

I Freihandelsabkommen Österreich-EWG

1) Tätigkeit des Gemischen Ausschusses - Allgemein

Der Gemischte Ausschuss Österreich-EWG hielt je eine Tagung im Juni und Dezember jeweils in Brüssel ab. Gegenstand dieser Tagungen war insbesondere

- die Durchführung und Gestaltung des Freihandels, insbesondere bei den Sonderbestimmungen für sensible Produkte sowie der Ursprungsregelung;

- 2 -

- die Erörterung grundlegender wirtschaftlicher Fragen im Rahmen des Freihandelsabkommens sowie der Europäischen wirtschaftlichen Integration allgemein;
- die grundsätzliche Erörterung des Problems der Diskriminierung österreichischer Exporte in Mittelmeerstaaten auf Grund präferenzieller Abkommen dieser Staaten mit den EG bzw. die geplante zweite Erweiterung der EG (insbesondere Beitritt Griechenlands);
- österreichische Vorschläge zur Reduzierung des Ungleichgewichtes im gegenseitigen Handelsverkehr mit agrarischen Produkten sowie betreffend spezifische Schwierigkeiten im Export landwirtschaftlicher Erzeugnisse in die Gemeinschaft;
- die Behandlung von Adhoc- Fällen in Durchführung des Freihandelsabkommens (z.B. Zollfreikontingente und Richtplafonds für Papier und Papierprodukte, Antidumpingmaßnahme bei Baustahl, Richtpreise beim Import niedrigpreisiger Strumpfhosen, Einführung des Straßenverkehrsbeitrages sowie Importausgleich bei Bier).

Weiterhin große Bedeutung bei den Arbeiten des Gemischten Ausschusses kam dem Problem des Defizits der Handels- und Leistungsbilanz Österreichs gegenüber der Gemeinschaft zu. Im Hinblick auf die überragende Stellung der EG im österreichischen Außenhandel war die österreichische Seite bemüht, die beunruhigende Entwicklung des Waren- und Dienstleistungsverkehrs der letzten Jahre der Gemeinschaft vor Augen zu führen und drängte auf eine gemeinsame Behandlung von Maßnahmen zur Abhilfe. Konkrete Möglichkeiten für eine Minderung des Defizits wurden insbesondere bei den sensiblen Produkten, bei agrarischen Erzeugnissen sowie der Verstärkung der Einkaufstätigkeit der Gemeinschaft in Österreich aufgezeigt.

- 3 -

Der beantragte Beitritt Griechenlands zur Gemeinschaft stellt Österreich vor die Aufgabe, bei Anpassung des bestehenden Freihandelsabkommens mit den EG die Gleichstellung der österreichischen Lieferungen auf dem griechischen Markt mit den Exporten aus der Gemeinschaft zu erreichen. Diesbezügliche informelle Kontaktnahmen mit den Dienststellen der Kommission sowie eine Abstimmung der Haltung der EFTA-Staaten wurden während des Berichtsjahres in Angriff genommen.

Während 1978 wurde weiters - zunächst informell - eine Zusammenarbeit mit dem EG-Büro für Unternehmenskooperationen aufgenommen. Das erwähnte Büro steht nun auch für österreichische Unternehmen zu einschlägigen Vermittlungsdiensten zur Verfügung, wobei die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft bzw. die österreichische Außenhandelsdelegation in Brüssel als Kontaktstellen fungieren.

Wegen der starken Zunahme der Einfuhren niedrigpreisiger Strumpfhosen, insbesondere aus EG-Mitgliedstaaten, wurde nach entsprechenden Konsultationen mit der Gemeinschaft am 27. Oktober Österreich neuerlich eine Richtpreisverordnung für die Einfuhr dieser Waren eingeführt.

Um der Schädigung der österreichischen Produktion von Baustahlgittern durch unterpreisige Importe entgegenzuwirken, wurde nach Konsultationen mit den EG mit Verordnung die Erhebung eines Antidumpingzolls bei Baustahlgitter mit Ursprung Italien verfügt.

Auffassungsunterschiede mit der Gemeinschaft im Hinblick auf die Festsetzung der österr. Ausgleichsabgabe für importiertes Bier konnten nach Konsultationen im Gemischten Ausschuß und Expertengesprächen beigelegt werden.

- 4 -

2) Beschlüsse auf dem Sektor der Ursprungsregelung und
Zollnomenklatur

Der Gemischte Ausschuß faßte am 5. Dezember den Beschluß Nr. 1/78, durch den verschiedene Wertgrenzen im Protokoll Nr. 3 des Freihandelsabkommens (Ursprungsregeln) statt in "Rechnungseinheiten" nun in "Europäischen Rechnungseinheiten" ausgedrückt werden und gab eine Erklärung zu deren Errechnung ab.

Um die Identität der Ursprungsregeln des EFTA-Übereinkommens mit jenen der Freihandelsabkommen der EFTA-Länder mit der EG zu gewährleisten, wurde vom EFTA-Rat ein inhaltsgleicher Beschluß gefaßt.

Die Verhandlungen mit den EG über die anhängigen Vorschläge der EFTA-Staaten zur Vereinfachung und Verbesserung der Ursprungsregeln wurden weitergeführt, wobei sich in Teilgebieten substantielle Ergebnisse abzeichnen.

Die von Österreich beantragte Änderung der Liste B des Protokolls Nr. 3 steht innerhalb der EG noch zur Diskussion; andererseits konnte auch österreichischerseits einigen EG-Änderungsvorschlägen zu den Listen A und B des Protokolls Nr. 3 noch nicht zugestimmt werden.

Weiters wurde die Anpassung der Warenlisten in den Protokollen betreffend sensible Produkte sowie landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte (Nr. 1 und 2) des Freihandelsabkommens an die aufgrund der Empfehlung des Rates für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zollwesens geänderte Zollnomenklatur in Verhandlungen mit der Gemeinschaft soweit vorbereitet, daß mit einer baldigen Paraphierung eines Briefwechsels gerechnet werden kann. Damit in Zusammenhang steht auch eine Erweiterung der Kompetenzen des Gemischten Ausschusses.

- 5 -

Die entsprechende Anpassung der Warenlisten im Ursprungsprotokoll war bereits 1977 vorgenommen worden.

Vom EFTA-Rat wurde die Anpassung des Anhangs D der EFTA-Konvention - landwirtschaftliche Erzeugnisse und Erzeugnisse aus landwirtschaftlichen Rohstoffen - sowie verschiedener anderer EFTA-Rechtsinstrumente an die geänderte Zollnomenklatur beschlossen.

Im Datenverarbeitungsverfahren durchgeführte Berechnungen haben es erstmals für das Jahr 1978 ermöglicht, die aufgrund der Integrationsabkommen nicht eingehobenen Zollbeträge festzustellen. Es handelt sich um eine Gesamtsumme von ca. 21.394 Mio. S, wobei auf das Freihandelsabkommen mit den EG 18.746 Mio. S und auf das EFTA-Übereinkommen 2.648 Mio. S entfallen.

3) Sensible Produkte

Die weiterhin schlechte Lage auf dem Papiersektor in der Gemeinschaft kam dadurch zum Ausdruck, daß von der allgemeinen Aufstockung der Richtplafonds um 5 % ein für Österr. Exporte bedeutsamer Plafond (andere Druck- und Schreibpapiere) ausgenommen wurde und des weiteren bereits im Sommer die vollen Drittlandszölle bei drei Richtplafonds - gestrichene sowie andere Druck- und Schreibpapiere, zugeschnittene Papiere - nach deren Überschreitung wieder eingeführt wurden. Zur Herstellung der Wettbewerbsgleichheit für die Österr. Unternehmen mit denen der Gemeinschaft wurden von Österreich analoge Maßnahmen bei den Richtplafonds gesetzt.

- 6 -

Unter Hinweis auf die ungünstige wirtschaftliche Lage hat Großbritannien die Zollfreikontingente für Papier nur unmaßgeblich erhöht. Dementsprechend hat Österreich bei den Zollfreikontingenten gegenüber Großbritannien ebenfalls nur geringe Erhöhungen vorgenommen, während im Verhältnis zu Dänemark wechselseitig die Zollfreikontingente um die im Abkommen vorgesehenen 5 % erhöht wurden.

Bemühungen Österreichs waren verstärkt darauf gerichtet, daß die Gemeinschaft bei Überschreiten von Richtplafonds vor der allfälligen Wiedereinführung von Drittlandszöllen Österreich Gelegenheit zu Konsultationen gibt. Dieser Wunsch Österreichs - und analog der anderen EFTA-Staaten - kam auch bei den informellen Gesprächen zwischen einer Österr. Delegation, unter Teilnahme von Vertretern der Papierindustrie und Beamten der EG-Kommission im Oktober in Brüssel zur Sprache. Hauptthema dieser Gespräche war ein Informations- und Gedankenaustausch über die gegenwärtige Lage sowie Prognosen für die Entwicklung der Papierindustrie.

Als Teilerfolg dieser Bemühungen ist zu werten, daß zunächst die EG-Staaten ein internes Verfahren von Konsultationen vor der allfälligen Einführung von Drittlandszöllen gegenüber EFTA-Staaten vereinbarten, in welchem eine eingehende Behandlung sämtlicher Aspekte des Problems, und insbesondere auch jenes der Handelsbeziehungen mit jenen EG-Staaten, die die in Rede stehende Ware in die EFTA ausführen, erfolgen sollte.

- 7 -

II Freihandelsabkommen Österreich -EGKS

1. Tätigkeit des Gemischten Ausschusses - Allgemein

Der Gemischte Ausschuss des Abkommens Österreich-EGKS trat im Berichtszeitraum zweimal zusammen. Nach der grundsätzlichen Feststellung des auch während des anhaltenden Konjunkturrückschlages guten Funktionierens des Abkommens befaßte er sich insbesondere mit der prekären Situation auf dem Stahlmarkt und deren Auswirkungen auf die europäische Stahlindustrie sowie mit den Auswirkungen der von der Gemeinschaft Ende 1977 zur Bewältigung der Krise ergriffenen Maßnahmen auf den gegenseitigen Warenaustausch. Dieses Maßnahmenpaket enthält die automatische Lizenzierung und ein auf Basispreisen beruhendes Antidumpingregime für den größten Teil der Stahleinfuhren aus Drittländern sowie ein System von Mindest- und Orientierungspreisen der EG-Unternehmen.

Die Notwendigkeit der Abwendung wirtschaftlicher Nachteile, die Österreich als Nicht-Mitgliedstaat der EG bei der Anwendung des Antidumpingregimes drohten, aber auch der Wunsch der Gemeinschaft, Österreich zur Mitarbeit bei den Krisenmaßnahmen zu gewinnen, führten nach intensiven Verhandlungen am 15. März zur Durchführung eines Notenwechsels zwischen Österreich und der Gemeinschaft. Dieser Notenwechsel sieht im wesentlichen die Respektierung der in der Gemeinschaft anzuwendenden Mindest- und Orientierungspreise durch Österreich vor, wobei den österreichischen Stahlexporturen eine Penetrationsmarge von 3 % eingeräumt wurde. Österreich wurde dafür von den Auswirkungen des Basispreisregimes der EG ausgenommen. Gleichartige Notenwechsel fanden auch mit anderen EFTA-Staaten statt.

Da die Geltungsdauer dieser Vereinbarungen am 31. Dezember auslaufen sollte, ihre weitere Anwendung bei der derzeitigen Wirt-

- 8 -

schaftslage aber von beiden Parteien als nützlich angesehen wurde, fanden im Herbst 1978 Verhandlungen zur Verlängerung des Notenwechsels statt.⁺⁾

Sowohl bei den Beratungen im Gemischten Ausschuß als auch bei den Verhandlungen über den erwähnten Notenwechsel bzw. dessen Verlängerung hat Österreich nachdrücklich die Einhaltung der Preisdisziplin auch durch die EG-Unternehmen bei ihren Lieferungen nach Österreich verlangt.

2. Preisbestimmungen für Eisen- und Stahlprodukte

Die Bundeskommission für Eisen und Stahl hat ihre durch das EGKS-Abkommen-Durchführungsgesetz sowie durch die Verordnung des Handelsministers über unzulässige Praktiken im Verkehr mit Eisen- und Stahlerzeugnissen festgelegte Tätigkeit fortgesetzt. Es bestand kein Anlaß, ein Verfahren wegen Verstosses gegen die vorerwähnten Rechtsvorschriften einzuleiten.

3. Kontaktgespräche Österreich-EGKS

Die 12. und die 13. Runde der Kontaktgespräche zwischen Österreich und der EGKS fanden im Juni in Brüssel bzw. im Oktober in Graz statt. Beide Tagungen standen unter dem Eindruck der weiterhin schwachen Nachfrage und der Überkapazitäten auf dem Stahlsektor. Die dadurch entstandenen Probleme und die von der Gemeinschaft zu ihrer Bewältigung ergriffenen Krisenmaßnahmen wurden eingehend erörtert.

^{+) Die diesbezügliche, erst Anfang 1979 zustandegekommene Vereinbarung enthält auch verschiedene Ergänzungen und Präzisierungen des Briefwechsels vom März 1978, die zum Teil auf gewonnene Erfahrungen und zum Teil auf zusätzliche Wünsche der Gemeinschaft zurückzuführen sind.}

- 9 -

III Abkommen über die Einführung direkter internationaler Eisenbahntarife im Durchgangsverkehr mit Kohle und Stahl durch Österreich (EGKS-Tarifabkommen)

Der Transportausschuß Österreich/EGKS hielt im November seine ordentliche Jahressitzung ab, in der der Eisenbahnverkehr mit Montangütern zwischen Italien und den anderen Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft über Österreich und die Schweiz analysiert wurde.

Der Ausschuß behandelte weiters eine von den Eisenbahnen erstellte Studie über die Wettbewerbssituation zwischen den Verkehrsträgern und über die Ursachen des besonders im Verkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Italien feststellbaren Anwachsens der Straßengütertransporte mit metallurgischen Erzeugnissen.

Gemäß dem Ergänzungsprotokoll zum Abkommen über die Einführung direkter internationaler Eisenbahntarife im Durchgangsverkehr mit Kohle und Stahl durch Österreich (EGKS-Tarifabkommen), welches am 6. November 1978 in Kraft getreten ist, sind Dänemark, Irland sowie das Vereinigte Königreich diesem Abkommen beigetreten.

IV Gemeinschaftliches Versandverfahren und Transitabkommen Griechenland/Türkei

Das Gemeinschaftliche Versandverfahren hat 1978 eine Neuentwicklung in mehreren Richtungen erfahren.

Das am 12. Juli 1977 zwischen Österreich, der Schweiz und den EG abgeschlossene Abkommen zur Ausdehnung des Anwendungsbereiches der Bestimmungen über das Gemeinschaftliche Versandverfahren ist am 1. März 1978 in Kraft getreten. Durch

- 10 -

dieses Abkommen wurde das bisher nur auf Verkehre, die Österreich und die EG berührten, anwendbare Gemeinschaftliche Versandverfahren auf Verkehre ausgedehnt, die Österreich, die Schweiz und die Gemeinschaft oder auch nur Österreich und die Schweiz allein berühren.

Der Gemischte Ausschuß verabschiedete am 20. April die Beschlüsse Nr. 1/78 betreffend die Neufassung der Bürgschaftsurkunden und Bürgschaftsbescheinigungen und Nr. 2/78 betreffend die Einführung eines datenverarbeitungsgerechten Vordrucks für die Versandanmeldung. Am 28. Juli faßte der Gemischte Ausschuß den Beschluß Nr. 3/78, durch den eine Änderung der Warenverkehrsbescheinigung A.TR.1 des Transitabkommens Griechenland/Türkei vorgenommen wurde.

Die Anwendung des an die Stelle des sogenannten Salzburger Arrangements getretenen Abkommens mit den EG zur Erleichterung des Warenumschlags im Verkehr zwischen den EG einerseits und Griechenland und der Türkei andererseits erfolgte problemlos.

V Europäisches Patentübereinkommen

Auf Grund des am 7. Oktober 1977 in Kraft getretenen Übereinkommens über die Erteilung europäischer Patente (Europäisches Patentübereinkommen) besteht seit 1. Juni 1978 die Möglichkeit, europäische Patenanmeldungen zu tätigen. Der Kreis der Mitgliedstaaten umfaßt derzeit die Bundesrepublik Deutschland, die Niederlande, Großbritannien, die Schweiz, Frankreich, Luxemburg, Belgien, Schweden und Italien.

Das Europäische Patentübereinkommen stellt eines der wichtigsten integrationspolitischen Vertragswerke der letzten Jahre dar, dessen Bedeutung über das Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes weit hinausgeht. Es wirkt divergierenden Entwicklungen im europäischen Wirtschaftsrecht entgegen und trägt

- 11 -

dazu bei, das Entstehen wirtschaftlicher Gräben zu verhindern.

Die Regierungsvorlage zum Europäischen Patentübereinkommen wurde vom Österreichischen Parlament im Dezember 1978 einstimmig angenommen.⁺⁾

Das Patentverträge-Einführungsgesetz (PatV-EG) übt jene Wahlmöglichkeiten aus, die das Europäische Patentübereinkommen dem nationalen Gesetzgeber einräumt, trifft ergänzende Regelungen zur Erleichterung der Übernahme der Materie in die österreichische Rechtsordnung und regelt die Tätigkeit des Österreichischen Patentamtes im Rahmen der Europäischen Patentorganisation (siehe BGBI.Nr. 52/1979).

C Europäische Freihandelsassoziation (EFTA)

Die am 7. Dezember in Genf vorgenommene Paraphierung eines multilateralen Freihandelsübereinkommens zwischen den sieben EFTA-Ländern und Spanien war ein hervorstechendes Ereignis der EFTA-Zusammenarbeit im Jahre 1978. Es ist dies das erste Mal, daß die EFTA-Staaten, deren Beziehungen zu Drittstaaten entsprechend dem Konzept der Freihandelszone auf autonomer Grundlage wahrgenommen werden, unter Führung des jeweiligen Vorsitzlandes gemeinsam und koordiniert Verhandlungen zum Abschluß eines multilateralen Vertrages mit einem Drittland durchgeführt haben.

Die Unterzeichnung und Inkraftsetzung des Übereinkommens ist vorgesehen, sobald zwischen Spanien und Portugal Einvernehmen über gewisse Sonderbestimmungen, die einen Teil des Gesamtübereinkommens darstellen, erreicht sein wird.

+) Die Ratifikation durch Österreich erfolgte am 27. Feber 1979.

- 12 -

Mit diesem Übereinkommen wird die bestehende Diskriminierung für österr. Exporte auf dem spanischen Markt gegenüber Lieferungen aus den EG beseitigt.

Weiters ist der Abschluß separater bilateraler Abkommen zur Erleichterung des Agrarhandels zwischen einzelnen EFTA-Staaten - darunter Österreich - und Spanien vorgesehen.

Ungeachtet der Verhandlungen mit Spanien wurden die übrigen EFTA-Aktivitäten, die insbesondere auf die Aufrechterhaltung des Freihandels und die weitere Ausgestaltung der europäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit gerichtet waren, fortgesetzt. Wesentliche Impulse für diese Arbeiten gingen von dem anläßlich der Wiener Gipfelkonferenz im Mai 1977 vereinbarten langfristigen Programm aus, wobei das Schwergewicht auf der weiteren Intensivierung der Beziehungen der EFTA-Staaten zu den EG lag.

Die Europäischen Gemeinschaften haben zu den Ergebnissen der Wiener Gipfelkonferenz eine grundsätzlich positive Haltung eingenommen und es besteht nun seitens der Gemeinschaft die erklärte Bereitschaft, über die Freihandelsabkommen hinaus eine Erweiterung der Zusammenarbeit mit den EFTA-Staaten in jenen Fällen, wo dies von beiden Seiten gewünscht wird, in Angriff zu nehmen. Hauptgebiete für diese Zusammenarbeit sind nach Auffassung der EG der Abbau nichttarifarischer Handelshemmnisse, Ursprungsfragen, Landwirtschaft, Wirtschafts- und Währungspolitik, Verkehrspolitik, Patent- und Markenrecht, Forschung und Umweltschutz etc.

Die weitere Entwicklung der Beziehungen der EFTA-Länder zu den EG wurde im Berichtszeitraum durch EFTA-interne Koordinierungsmaßnahmen unterstützt. In diesem Zusammenhang ist auch auf verstärkte Kontakte zwischen dem EFTA-Sekretariat

- 13 -

und der EG-Kommission sowie des Beratenden Komitees der EFTA mit dem Wirtschafts- und Sozialausschuß der EG zu verweisen.

Die EFTA setzte ihre Arbeiten zur Beseitigung technischer Handelshemmnisse fort. Anfang 1978 traten zwei Übereinkünfte über die gegenseitige Anerkennung von im Exportland durchgeführten technischen Prüfungen betreffend Hebevorrichtungen und Heizanlagen für flüssige Brennstoffe in Kraft.

Die Bundesrepublik Deutschland ist im Berichtszeitraum dem EFTA-Schema über Schiffsausrüstungen beigetreten. Diese Übereinkunft gilt nunmehr in zehn europäischen Ländern.

Im Rahmen der Tätigkeit des EFTA-Wirtschaftskomitees fand ein eingehender Meinungsaustausch über die Wirtschaftspolitik der einzelnen EFTA-Länder statt, wobei insbesondere die mittel- und langfristigen Wirtschaftsaussichten untersucht wurden.

Hauptdiskussionspunkte bei den Tagungen des Beratenden Komitees der EFTA, welches sich aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern zusammensetzt, bildeten die allgemeine Wirtschaftslage und die Arbeitslosigkeit in den Mitgliedsländern. Zur Intensivierung der Beziehungen zwischen dem Komitee und dem Rat auf Ministerebene ist eine Tagung des Beratenden Komitees unter Beteiligung der Minister vorgesehen, die anlässlich der Minister- ratstagung im Frühjahr 1979 abgehalten werden wird.

Im Berichtszeitraum wurde die Arbeitsgruppe EFTA-Jugoslawien in eine Gemischte Kommission umgewandelt, die am 30./31. Oktober in Belgrad zu ihrer ersten Tagung zusammentrat. Hauptziel dieses Gremiums ist die Förderung einer engeren wirtschaftlichen Kooperation zwischen den EFTA-Ländern und Jugoslawien. Als erste konkrete Maßnahme wurde bei dieser Tagung die Abhaltung eines Handelsförderungsseminars für März 1979 in Belgrad beschlossen.

Am 12./13. Oktober fand in Stockholm eine Tagung des Komitees der EFTA-Parlamentarier statt, die sich in erster Linie mit der Frage des zunehmenden Protektionismus in der Weltwirtschaft befaßte.

- 14 -

D Die österreichische Wirtschaft im Rahmen der Europäischen Integration

I Der Warenverkehr

1) Auswirkungen der wirtschaftlichen Integration auf den österreichischen Export (Marktanteile)

Auf Grund des Freihandelsabkommens wurden zwischen Oktober 1972 und Juli 1977 im Handel zwischen Österreich und der Gemeinschaft die Zölle für den Großteil industriell-gewerblicher Produkte schrittweise abgebaut. Schon vorher hatte das EFTA-Übereinkommen seit dem Beginn der sechziger Jahre den österreichischen Exporten eine zunehmende Vorzugsstellung hinsichtlich der Zölle in den EFTA-Staaten sowie vice versa eingeräumt. Seit 1973 ging dieser Vorteil im Vergleich zu den Exporten der EG jedoch schrittweise verloren, was eine Verschlechterung der österreichischen Wettbewerbsposition in diesen Ländern zur Folge hatte.

Die Entwicklung der österreichischen Marktanteile in den Europäischen Gemeinschaften und Marktanteilsverluste in den EFTA-Staaten waren Gegenstand einer Analyse in den Integrationsberichten der letzten Jahre.

Die Ergebnisse des Jahres 1977 hatten weitgehend den erwarteten Integrationseffekten entsprochen. Österreich konnte in allen Ländern der EG 72 sowie auch in Irland Marktanteile gewinnen, in allen EFTA-Ländern sowie Dänemark und Großbritannien mußten Marktanteilsverluste in Kauf genommen werden.

Die Tabellen 8 und 9 dieses Berichtes enthalten nun die endgültigen Ergebnisse des Jahres 1977 sowie die vorläufigen Werte des Jahres 1978.

- 15 -

Auch 1978 haben die Maßnahmen aufgrund der Integrationsabkommen, wenngleich im Vergleich zu früheren Jahren in einem abgeschwächten Ausmaß, den zwischenstaatlichen Warenverkehr beeinflusst. Die Zollbelastung österreichischer Exporte auf dem EG-Markt war im 1. Halbjahr 1978 geringer als im 1. Halbjahr 1977; dasselbe traf jedoch auch für die Zollbelastung bei Exporten aus den EG-Ländern auf dem EFTA-Markt zu.

Allgemein ist für das Berichtsjahr festzustellen, daß die österreichischen Marktanteilsgewinne in den EG (ausgenommen Italien) auf die verzögerte Wahrnehmung von Integrationsvorteilen aufgrund von Abbaumaßnahmen früherer Jahre ("dynamische" Integrationseffekte) durch österreichische Exporteure zurückzuführen sein dürfte. Bemerkenswert ist die Vergrößerung des Marktanteils in der Bundesrepublik Deutschland um 13,5 % und in Frankreich um 36,7 %.

Die Marktanteilsverluste in der EFTA sind 1978 im großen und ganzen zum Stillstand gekommen, in den meisten dieser Länder konnten - allerdings in unterschiedlichem Ausmaß - Marktanteile gewonnen werden. Von Bedeutung ist ein gewisser Positionsgewinn in der Schweiz.

Die österreichischen Marktanteile in Spanien und Griechenland schwanken erheblich. Sie sind auf mittlere Sicht (seit 1970) in Spanien deutlich zurückgegangen, in Griechenland blieben sie etwa konstant.

2) Entwicklung des Inlandsmarktanteils der österreichischen Industriegüterproduktion

Im Zuge der Liberalisierung des Außenhandels und mit zunehmender internationaler Arbeitsteilung wird ein steigender Anteil des inländischen Bedarfs an Industriegütern durch Importe gedeckt. Diese Entwicklung ging in den Siebzigerjahren bisher merklich rascher vor sich als in den Sechzigerjahren.

- 16 -

Das schwache Wachstum der heimischen Endnachfrage bremste 1978 das Tempo des Vordringens ausländischer Waren auf dem österreichischen Markt im Vergleich zu den Vorjahren. Hierbei spielte auch die Vorziehung vieler Käufe in das Jahr 1977 aufgrund der Einführung des dritten Umsatzsteuersatzes eine Rolle.

3) Warenverkehr mit den EG- und EFTA-Staaten - länderweise Darstellung

Allgemeine Bemerkungen:

Zur Ergänzung der in der folgenden länderweisen Darstellung enthaltenen Ausführungen wird im Statistischen Anhang eine Reihe von Tabellen betreffend die Entwicklung des Warenverkehrs Österreichs mit den anderen Staaten des europäischen Freihandelsraumes angeschlossen. +)

Bundesrepublik Deutschland:

Während die österr. Importe aus der Bundesrepublik Deutschland, unserem größten Handelspartner, im Berichtszeitraum nur um 1% angestiegen sind, konnte eine Zunahme der österr. Exporte um 19 % erreicht werden. Damit hat sich der österr. Anteil auf dem deutschen Markt vergrößert und das - allerdings noch immer beachtliche - Handelsbilanzdefizit Österreichs gegenüber der Bundesrepublik verringert.

Gestiegen sind allgemein die österr. Fertigwarenexporte, dabei

+) Den Aussagen über die Entwicklung des Handels bei konkreten Produktgruppen (in der länderweisen Darstellung) liegen die Werte von Jänner bis inklusive September, in einzelnen Fällen auch einiger weiterer Monate, zugrunde. Im Statistischen Anhang sind jedoch die schon vorliegenden Gesamtjahresziffern 1978 bereits berücksichtigt.

- 17 -

überdurchschnittlich die Positionen Maschinen, Nachrichten-
geräte und Straßenfahrzeuge, nur mäßig hingegen Papier und
Pappe sowie Eisen und Stahl.

Verschiedene Importe, insbesondere von Straßenfahrzeugen waren
rückläufig; Kraftmaschinen und Nachrichtengeräte erreichten
Zuwächse; überdurchschnittliche Zuwachsraten verzeichneten
bestimmte Metallwaren, Textilien sowie Eisen und Stahl.

Italien:

Während die Importe nach der starken Erhöhung im Jahr 1977 im
laufenden Jahr stagnierten, erhöhten sich die Exporte um 6 %.

Italien war nach der Bundesrepublik Deutschland der zweitgrößte
Handelspartner Österreichs. Holz ist trotz eines leichten
Rückganges weiterhin der wichtigste österr. Exportartikel, ge-
folgt von Agrarprodukten sowie Eisen und Stahl. Auf diese drei
Positionen entfallen rund 55 % der österr. Exporte. Die
Erhöhung der österr. Ausfuhren ist angesichts der ungünstigen
Kursrelation Schilling - Lira als Erfolg zu werten.

Die Stagnation der österr. Importe aus Italien dürfte vor allem
durch den starken Rückgang bei Straßenfahrzeugen bedingt sein,
die sich ihrerseits wieder durch die starken Vorziehkäufe
im Jahr 1977 im Hinblick auf die Mehrwertsteuererhöhung er-
klären lassen. Dagegen waren bei lohnintensiven Fertigwaren
wie Textilien, Bekleidung, Lederwaren, Metallwaren und Möbeln
zum Teil erhebliche Zuwachsraten zu verzeichnen.

- 18 -

Frankreich:

Die Importe aus Frankreich gingen um 11 % zurück, während die Exporte um 25 % zunahmen. Diese Entwicklung führte auch zu einer Senkung des im Jahr 1977 stark angestiegenen Handelsbilanzdefizits in dieser Relation. Dieses Ergebnis ist umso bemerkenswerter, als allgemein die französischen Importe im Berichtsjahr bei einem gleichzeitigen Exportanstieg wesentlich weniger zugenommen haben.

Die österr. Exporte von Pharmazeutika und Kunststoffen, ungebrannten Magnesitziegeln, Eisen- und Stahlerzeugnissen, Maschinen und Apparaten sowie Sportartikeln nahmen zu.

Bei den Importen fällt der Rückgang bei Kraftfahrzeugen auf (offenbar als Folge der Vorziehkäufe des Jahres 1977), der durch geringfügige Zunahmen bei Getränken, Chemikalien, Kosmetika, Eisen und Stahl sowie Sportgeräten nicht kompensiert werden konnte. Rückgänge ergaben sich weiters bei Maschinen, Apparaten und Elektromaterial.

Belgien, Luxemburg:

Die österr. Importe sanken nach der starken Zunahme des Jahres 1977 um 15 %, während die Exporte um 7 % zunahmen.

Bei der österr. Ausfuhr waren Steigerungen insbesondere auf dem Chemiesektor, bei Kunststoffen und Gummi, bei optischen und Meßinstrumenten sowie bei Metallen und Metallwaren zu verzeichnen, während Rückgänge insbesondere bei Fahrzeugen und Maschinen eingetreten sind. Letzteres dürfte auf die unbefriedigende Investitionsneigung in Belgien und Luxemburg zurückzuführen sein.

- 19 -

Der Rückgang bei den Importen ist insbesondere auf die sehr stark reduzierten Fahrzeuglieferungen zurückzuführen, die 1977 Rekordhöhen erreicht hatten, wohingegen bei anderen Positionen zum Teil kräftige Steigerungen zu verzeichnen waren. Dies gilt vornehmlich für Maschinen, optische und Meßgeräte, Papier und mineralische Produkte.

Niederlande:

Die Importe aus den Niederlanden stagnierten, während die Exporte um 16 % zunahmen.

Die österr. Ausfuhren stiegen besonders bei elektrischen Maschinen, Eisen und Stahl, Textilien und Bekleidung. Rückgänge waren hingegen bei Nachrichtengeräten, chemischen Erzeugnissen, Rohstoffen und sonstigen Fertigwaren zu verzeichnen.

Auf der Einfuhrseite ergaben sich Zunahmen bei Nahrungsmitteln, Ölen und Fetten sowie bearbeiteten Waren, hingegen Rückgänge bei Maschinen und Verkehrsmitteln sowie Brennstoffen.

Großbritannien:

Die Importe aus Großbritannien nahmen um 12 % ab, während die Exporte um 16 % erhöht werden konnten.

Mit diesem Exportergebnis liegt Österreich im Spitzenfeld der EFTA-Staaten. Beträchtliche Steigerungen konnten vor allem bei Maschinen, Verkehrsmitteln, Chemikalien und Kunststoffen erzielt werden, während bei Papier und Pappe sowie Eisen und Stahl nur unterdurchschnittliche Zunahmen erreicht wurden. Einbußen gab es u.a. bei Bekleidung und Schuhen.

- 20 -

Bei den Österr. Importen aus Großbritannien sind die Rückgänge bei Straßenfahrzeugen, Kautschukwaren, Nachrichtengeräten und Textilien besonders markant.

Dänemark:

Die Österr. Importe aus Dänemark gingen um 5 %, die Exporte nach Dänemark um 9 % zurück.

Die dänischen Importe haben auch insgesamt stagniert, und zwar infolge des Rückganges des Privatverbrauches, einer Kaufkraftabschöpfung durch Mehrwertsteuererhöhung sowie der nur geringen Investitionsneigung der Industrie.

Bei den Österr. Exporten waren aufgrund von Sonderentwicklungen besonders starke Rückgänge bei den Positionen Fahrzeuge (überwiegend Mopeds) und Farbfernsehgeräte festzustellen, daneben war auch der Österr. Export von Schuhen, Bekleidung sowie Stoffen und Garnen rückläufig, während es bei den meisten Maschinenpositionen, Chemikalien und Pharmazeutika zum Teil bedeutende Anstiege gab.

Irland:

Die Österr. Importe erhöhten sich nach dem starken Anstieg im Jahr 1977 nur mehr um 6 %, während die Exporte um 11 % gesteigert werden konnten.

Bei den Österr. Exporten haben sich wertmäßig die Positionen chemische Erzeugnisse, Papier und Pappe, Eisen und Stahl, Metallwaren, Bekleidung und Schuhe gegenüber 1977 wesentlich erhöht.

- 21 -

Auf der Importseite sind Steigerungen bei folgenden Positionen zu bemerken: Ernährung, chemische Erzeugnisse, medizinisch-pharmazeutische Produkte, Eisen und Stahl sowie Metallwaren.

Schweiz:

Die Importe aus der Schweiz haben sich nur geringfügig erhöht, während bei den Exporten ein Wachstum von 19 % zu verzeichnen war. Das österr. Außenhandelsdefizit hat sich damit wieder verringert. Die Schweiz war weiterhin nach der Bundesrepublik Deutschland und Italien der drittgrößte Handelspartner Österreichs.

Dieses günstige Ergebnis resultiert vor allem daraus, daß es den österr. Exporteuren gelungen sein dürfte, die sich aus der günstigen Währungsparität Schilling - Schweizer Franken ergebenden Möglichkeiten in hohem Maße wahrzunehmen und auf diese Weise die in den Rezessionsjahren 1975 und 1976 verlorenen Marktanteile teilweise wieder zurückzugewinnen.

Die österr. Exportsteigerungen betrafen vornehmlich Holz und Holzwaren, Straßenfahrzeuge, Maschinen, medizinische und pharmazeutische Produkte, Photoartikel sowie Meß- und Prüfgeräte; demgegenüber waren Rückgänge beim Export von elektrischer Energie sowie bei Leder und Lederwaren zu registrieren.

Die österr. Importe aus der Schweiz weisen bei Fetten und Ölen eine Steigerung auf, weiters haben sich die Schweizer Lieferungen von Papier, Maschinen, elektrischen Apparaten sowie Nahrungsmitteln erhöht. Rückgänge sind vor allem bei Textilien und Bekleidung, Metallen, Beförderungsmitteln sowie Holzwaren zu verzeichnen.

- 22 -

Schweden:

Die Importe aus Schweden sind um 14 % zurückgegangen, während die Exporte um 17 % abgenommen haben.

Das größte Hemmnis für das Erreichen eines besseren Ergebnisses war neben der internen schwedischen Wirtschaftslage der durch Abwertungen im Jahre 1977 bewirkte niedrige Wechselkurs der Schwedenkrone.

Rückgänge waren vor allem bei Österr. Lieferungen von Maschinen, Apparaten, Verkehrsmitteln und sonstigen Fertigwaren zu verzeichnen, während Nahrungsmittel, Getränke und chemische Erzeugnisse Steigerungsraten aufweisen. Bei den Importen waren Steigerungen bei Getränken, mineralischen Brennstoffen und chemischen Erzeugnissen festzustellen, während insbesondere bei Nahrungsmitteln ein starker Rückgang eingetreten ist.

Norwegen:

Die Importe aus Norwegen gingen um 11 %, die Österr. Ausfuhren um 15 % zurück.

Bei den Österr.Exporten waren von diesem Rückgang vor allem Autoreifen, Textilien, Bekleidung und Elektrowaren betroffen, der Absatz von Schuhen stagnierte.

Island:

Die Importe aus Island stiegen um 32 %, die Exporte erhöhten sich um 33 %. Wichtige Österr. Ausfuhrpositionen sind Maschinen, Textilien, Kleidung, Schuhe sowie Papier und Pappe.

- 23 -

Österreich importiert aus Island vor allem Futtermittel, Kieselgur, Textilwaren und Kleidung.

Insgesamt gesehen ist das Handelsvolumen Österreich- Island jedoch überaus bescheiden.

Finnland:

Die Österr. Importe aus Finnland verringerten sich um 17 %, die Exporte nach Finnland gingen um 8 % zurück. In diesem Zusammenhang ist von Interesse, daß sich der Wert der finnischen Ausfuhren in der Regel nach allen Wirtschaftsräumen erhöht hat.

Die Wettbewerbsfähigkeit von Österr. Waren am finnischen Markt hat sich angesichts der Abwertung der finnischen Mark wesentlich verschlechtert. Insgesamt gesehen hat sich nach drei ausgesprochen schwierigen Jahren die finnische Wirtschaftslage 1978 etwas gebessert. Insbesondere scheint es gelungen zu sein, Preise und Kosten im wesentlichen zu stabilisieren.

Die Österr. Einfuhren sind vor allem am Sektor Ernährung sowie bei Maschinen und Verkehrsmitteln zurückgegangen. Bei einzelnen Positionen hingegen, wie Holz, Häuten, organischen Chemikalien und Kraftmaschinen waren überdurchschnittliche Steigerungen zu verzeichnen.

Bei den Ausfuhren sind überdurchschnittliche Steigerungen bei Zuckerwaren, Papierzeug, organischen Chemikalien und bestimmten Maschinen festzustellen; die Ausfuhren auf den Sektoren Ernährung, Getränke, Brennstoffe, Maschinen und sonstige Fertigwaren sind insgesamt zurückgegangen.

- 24 -

Portugal:

Die Einfuhren aus Portugal sanken um 2 %, die österr. Ausfuhren stiegen um 5 %.

Wichtige österreichische Einfuhrpositionen sind Fischkonserven, Kork- und Holzwaren, Textilien und Bekleidung.

II Die IndustrieAllgemeine Bemerkungen:

Die überdurchschnittlichen Exportverbesserungen bei Fertigwaren sind insbesondere im Hinblick auf das große Handelsbilanzdefizit der Vorjahre und die Struktur der Exporte, gekennzeichnet durch seinen großen Anteil an Rohstoffen und Halbfertigwaren, von Bedeutung. Im Jahre 1978 wurde das Exportwachstum in erster Linie von Lieferungen in die Gemeinschaft getragen. Geringfügig angestiegen sind auch die Exporte in die EFTA. Die Exportentwicklung nach Osteuropa und in die Entwicklungsländer war hingegen unterdurchschnittlich.

(Siehe auch Produktionswerte der österreichischen Industrie im Statistischen Anhang.)

Branchenspezifische Darstellung1) GrundindustrieEisen und Stahl

Die Gesamtimporte an Kommerzwalzwaren gingen mengenmäßig gegenüber dem Vorjahr leicht zurück, während die Edelstahlimporte weiter stark anstiegen.

Die Exporte bei Kommerzwalzwaren in den EG-Raum stagnierten im großen und ganzen, wodurch sich der EG-Anteil an den

- 26 -

Die Schleifmittelindustrie hat Produktion und Absatz geringfügig erhöht; die Erträge aus den Exporten sind jedoch infolge von Währungsschwierigkeiten stark gesunken. In der Kaolinindustrie haben sich vor allem aufgrund der erhöhten Nachfrage der Papierindustrie die Umsätze belebt.

Bei Glas verstärkte sich der Importdruck, während sich der Export - in weiten Bereichen allerdings nur mit Erlöseinbußen - leicht erhöhte.

Bauwirtschaft

Eine relativ günstige Auftragslage war im Tiefbau, im industriellen Hochbau sowie im Baunebengewerbe gegeben. Dabei konnte die Bauindustrie ihren Auftragsstand insgesamt erhöhen, während das Baugewerbe Einbußen erlitt.

Holzverarbeitung

Das abgelaufene Jahr war gekennzeichnet durch die Unsicherheit auf den internationalen Devisenmärkten.

Bei Schnittholz lag die Produktion und der Export unter den Ergebnissen des Vorjahres. Die Produktion von Schiern wies infolge der unbefriedigenden Preisgestaltung, hervorgerufen durch starken internationalen Konkurrenzdruck, wertmäßig einen Rückgang auf. Einbußen in der Produktion und im Export von Alpinschiern konnten durch eine Steigerung bei Langlaufschiern kompensiert werden.

Die Produktion von Platten erreichte etwa die Ergebnisse des Vorjahres, allerdings bei schlechteren Preisen als Folge von Überkapazitäten in Europa. Rückgänge der Exporte in die Oststaaten wurden durch steigende Ausfuhren nach Westeuropa teilweise kompensiert.

- 27 -

Die Möbelproduktion weitete sich bei verschlechterten Erträgen aus. Die Möbelexporte nahmen zwar um etwa 30 % zu, doch übertrafen die Importe wertmäßig die Exporte nach wie vor um etwa das Dreieinhalbfache.

2) Weiterverarbeitungsindustrie

Maschinen

Die Situation war gekennzeichnet durch schwankende Auftrags-eingänge, wobei sich die Auslandsnachfrage günstiger entwickelte als die Inlandsnachfrage.

Der Export von Maschinen in die EG stieg schwächer als die Ausfuhr insgesamt; die Exporte in die EFTA stagnierten. Auf der Importseite war insgesamt eine wertmäßige Abnahme von rund 6 % zu verzeichnen.

Fahrzeuge

Im Berichtszeitraum war ein Rückgang sowohl der Produktion als auch des Beschäftigtenstandes zu verzeichnen. Zirka 84 % der Importe kamen aus den EG, 1977 waren es 87 %, hievon wiederum 59 % aus der Bundesrepublik Deutschland. Der Export in die EG stieg auf 43 %.

Die Zulieferungen an ausländische Kraftfahrzeughersteller konnten ausgeweitet werden.

Eisen- und Metallwaren

Der Anteil der ausländischen Produkte auf dem heimischen Markt ist auf 58 % gestiegen, hievon stammten etwa drei Viertel aus den EG. Besonders bei niedrigstufigen Produkten wie Schrauben, Stiften und Emailwaren ist ein starker Importdruck zu verzeichnen.

- 28 -

47 % der Exporte gelangten in die EG (1977 waren es 43 %). Exportwerbung wurde verstärkt betrieben.

Elektrowaren

Der EG-Anteil nahm bei den Exporten bei gleichzeitiger Senkung der EFTA- und COMECON-Anteile zu. Der Importüberschuß erhöhte sich.

Chemie

Der Sektor Chemie wies gegenüber dem Vorjahr ein leicht vermindertes Außenhandelspassivum auf. Der Exportanteil in die EG konnte gesteigert werden.

3) Konsumgüterindustrie

Nahrungs- und Genußmittel

Das Außenhandelsdefizit im Nahrungsmittelbereich konnte etwas verringert werden, doch war der Importdruck insbesondere bei Süßwaren und Konserven unverändert stark. Durch das EG-Erstattungssystem waren nach wie vor günstigere Wettbewerbschancen für die Firmen der Gemeinschaft gegeben. Die Österr. Exporte gestalten sich schwierig.

Textilien

Die ungünstige Textilkonjunktur setzte sich im Berichtszeitraum fort. Der Einfuhrdruck aus der Gemeinschaft, insbesondere aus der Bundesrepublik Deutschland und Italien, war weiterhin stark. Die Exporte in die Gemeinschaft entwickelten sich andererseits zufriedenstellend.

- 29 -

Bekleidung

Auch im Berichtszeitraum war europaweit eine schwierige Situation gegeben. Während sich die Importe verlangsamten, war bei den Exporten eine Steigerung festzustellen.

Leder

Durch ein verbessertes Marketing ist es den österr. Unternehmen der Schuhindustrie gelungen, sich auf den Exportmärkten trotz starker internationaler Konkurrenz zu behaupten und ihre Exporte zum Teil zu erhöhen. Auf dem Inlandsmarkt konnten sie trotz zunehmenden Importdruckes ihren Marktanteil halten.

Auf dem Rohhautsektor war ein Versorgungsengpaß gegeben. Österreich, selbst Rohhautzuschußland, hat 1978 rohe Rindshäute und Kalbfelle im Wert von rund 199 Mio. S ausgeführt, während Importe von nur 66 Mio. S getätigt wurden. Die Versorgungsschwierigkeiten auf dem Rohhautsektor sind ein europaweites Problem. Dieser Frage wird daher auch seitens Österreichs erhöhtes Augenmerk zuzuwenden sein.

Papier

Nach der schwierigen Lage des Vorjahres ist 1978 zwar eine Belebung des Absatzes in mengenmäßiger Hinsicht eingetreten, jedoch waren die Verkaufserlöse nach wie vor unbefriedigend. (Siehe auch Ausführungen im Abschnitt B, I 3.)

- 30 -

III Die Landwirtschaft

1. Die Entwicklung des agrarischen Warenverkehrs mit den EG sowie österreichische Schritte gegenüber der Gemeinschaft

Die Exporte agrarischer Produkte betrugen im Jahre 1978 7.654 Mio. S oder 7 % der Gesamtexporte Österreichs.

Die Entwicklung des agrarischen Warenverkehrs mit der Gemeinschaft hat im Berichtsjahr zwar eine Verbesserung erfahren, doch ist der beträchtliche Importüberhang im Zusammenhang mit Exportschwierigkeiten nach wie vor Gegenstand intensiver handelspolitischer Aktivitäten Österreichs.

Die agrarischen Ausfuhren in die EG stiegen gegenüber dem Vorjahr um 571 Millionen S (16 %), während die Importe um 159 Mio. S (2 %) abnahmen. Der Anteil der EG am österreichischen Agrarexport belief sich sohin auf 55 %, gegenüber 67 % im Jahre 1972, beim Import auf 44 % gegenüber 33 % im Jahre 1972. Weitere Einzelheiten über die Entwicklung des Warenverkehrs mit landwirtschaftlichen Produkten im Verhältnis zu den EG sind dem Statistischen Anhang (Tabelle 12) zu entnehmen.

Im Hinblick auf die dominierende Stellung der Gemeinschaft im agrarischen Außenhandel Österreichs waren die Bestrebungen der österreichischen Handelspolitik darauf gerichtet, die traditionellen Handelsbeziehungen auf dem Agrarsektor nicht nur zu erhalten, sondern auch weiter zu entwickeln. Die Schwerpunkte lagen dabei auf folgenden Gebieten:

- Verbesserter Zugang für Schlachtrinder auf dem EG-Markt
- Aufrechterhaltung der Zuchtrinderexporte

- 31 -

- Ausschöpfung des erhöhten Nutzninderkontingentes
- Anpassung des Mindestpreisabkommens für Käse an geänderte Inlandspreise
- gegenseitige Anerkennung von Qualitätswein und Zulassung von Wein mit einem Alkoholgehalt von über 15°.

Diese landwirtschaftlichen Themen standen im Mittelpunkt intensiver Gespräche und Verhandlungen auf Exporten- und Beamtenebene sowie offizieller Besuche des Vizepräsidenten der EG-Kommission, Gundelach, in Wien sowie des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft bei der EG Kommission und in den EG-Mitgliedsstaaten.

Vizepräsident Gundelach anerkannte bei seinem Besuch im September in Wien ausdrücklich die Notwendigkeit, der Landwirtschaft einen besseren Stellenwert im Rahmen der besonderen wirtschaftlichen Beziehungen der Vertragspartner zuzugestehen.

2. Rinder und Rindfleisch

Die EG haben eine gemeinschaftliche Richtlinie für die Zulassung reinrassiger Zuchtrinder erlassen, die u.a. vorsieht, daß die Mitgliedsländer bis zum 1. Jänner 1979 Durchführungsbestimmungen bezüglich einer doppelten Herdbucheintragung für Zuchtrinder aus Drittländern erlassen. Um eine damit verbundene Schlechterstellung der österreichischen Zuchtrinderexporte zu vermeiden, wurden intensive Verhandlungen mit der Kommission geführt, die schließlich zu einer Suspendierung der gegenständlichen Bestimmungen führten.

Durch die Aufstockung des Nutzninderkontingentes auf 38.000 Stück im Jahre 1977 war die Möglichkeit für erhöhte österreichische Rinderexporte eröffnet. Österreich mußte jedoch in Italien und in der Bundesrepublik Deutschland intervenieren, um eine weitest-

- 32 -

mögliche Ausnützung dieses Kontingentes sicherzustellen. Die Nutzrinderexporte stiegen 1978 schließlich auf 31.280 Stück an und haben damit die Vorjahresmenge um 20 % überschritten.

Zur Verbesserung der Lage auf dem Schlachtrindersektor hat Österreich der Kommission eine Reihe von Vorschlägen gemacht und Vizepräsident Gundelach sagte grundsätzlich zu, Österreich im Rahmen der jährlich zu erstellenden Versorgungsbilanz auf dem Fleischsektor einen verbesserten Zugang auf dem EG-Markt zu sichern.

3. Milcherzeugnisse

Die Abkommen zwischen Österreich und der Gemeinschaft bzw. zwischen Österreich und der Schweiz im Rahmen des GATT über die Einhaltung gewisser Mindestpreise beim Import von Käse haben sich im ersten Jahre ihrer Anwendung bewährt. Allerdings ergaben sich Probleme bei der Einführung der jeweiligen neuen österreichischen Milchpreise. Österreich beantragte daher Verhandlungen über die Verankerung einer Automatikklausele im Abkommen, um in Zukunft sicherzustellen, daß bei Änderung der österreichischen Preise die Mindestpreise des Abkommens ohne Neuverhandlung angepaßt werden können.

4. Wein

Nach wiederholten Kontakten auf Ministerebene haben die Kommissionsdienststellen einen Mandatsentwurf für Verhandlungen über die Anerkennung österreichischer Qualitätsweine seitens der Gemeinschaft ausgearbeitet. Aufgrund eines entsprechenden Mandates seitens des EG-Ministerrates sollte es möglich sein, diese bereits lange anhängige Frage einer positiven Erledigung zuzuführen.

- 33 -

Im Zusammenhang mit dieser Verhandlung steht auch die Frage der Zulassung von Weinen mit einem Alkoholgehalt von mehr als 15° in der Gemeinschaft. Die Zulassung dieser Weine sollte nach österreichischen Auffassung spätestens mit den obigen Verhandlungen geregelt werden.

5. Sonstige Probleme am Agrarsektor

Österreich bemühte sich um eine Zollsenkung für Birnensäfte. Die EG waren bisher nicht bereit, den von Großbritannien unterstützten österreichischen Wünschen nach Zollausssetzung oder Zollreduktion entgegenzukommen.

Verhandlungen mit der Gemeinschaft über einen Antrag Österreichs auf Kündigung GATT-gebundener Zollsätze bei Kartoffelverarbeitungserzeugnissen wurden seit Beginn 1978 intensiv geführt, konnten jedoch im Berichtszeitraum zu keinem Abschluß gebracht werden.

Bezüglich Saatgut wurden die bereits bestehenden Kontakte mit den EG weiter fortgesetzt. Dies führte u.a. zur Verlängerung der Gleichstellung des österreichischen Kartoffelsaatgutes sowie zur Gleichstellung des in Österreich erzeugten forstlichen Vermehrungsgutes mit jenem aus den EG.

IV Andere Bereiche

1. Arbeitsmarktpolitik

Die Arbeitslosenrate betrug in Österreich durchschnittlich 2,1 % und ist somit gegenüber dem Vorjahr um 0,3 % Punkte angestiegen, was im Vergleich mit anderen Industriestaaten als eher gering bezeichnet werden kann. Die Zahl der im Jahresdurchschnitt vorgemerkten Arbeitslosen betrug 58.570

- 34 -

und liegt sohin um 7.405 über der Zahl des Vorjahres. Die Zahl der unselbständig Beschäftigten hat sich mit 2,757.705 im Jahresdurchschnitt gegenüber dem Vorjahr um 20.557 erhöht.

An finanziellen Mitteln wurden für Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik rund 940 Mio. S verausgabt.

Nach dem Schwerpunktprogramm 1978 wurden die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen vor allem zur Unterbringung und Beschäftigungssicherung von Angehörigen jüngerer Jahrgänge, von Behinderten, Frauen, älteren Arbeitnehmern und Bewohnern aus Gebieten mit ungünstiger Wirtschaftsstruktur gesetzt.

Im Berichtsjahr standen infolge der zur Milderung von Auswirkungen der internationalen Konjunkturlage auf den österreichischen Arbeitsmarkt getroffenen wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen keine Betriebe in Kurzarbeit.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß der gezielte Einsatz der arbeitsmarktpolitischen Instrumente zu einer Erhöhung der Zahl der unselbständig Beschäftigten geführt hat. Ende August konnte mit 2,805.539 unselbständig Beschäftigten ein neuer Höhepunkt der Beschäftigung seit 1945 erzielt werden.

2. Raumordnungsfragen

Die schon laufenden Regionalprogramme des Bundes (Sofortprogramme für die östlichen Grenzgebiete sowie die Regionalprogramme Aichfeld-Murboden, Mühlbach am Hochkönig, Köflach-Voitsberg und Hausruck-Bergbaugesamt) wurden weitergeführt. Neu in Angriff genommen wurden die Regionalprogramme Mürzzuschlag, Bergbaugesamt Eisenerz und Südkärnten.

- 35 -

Im Rahmen der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK) wurden weitere Grundlagen für ein österreichisches Raumordnungskonzept fertiggestellt sowie insbesondere der "2. Raumordnungsbericht" und ein Bericht "ÖROK-Regionalpolitik in des Ost-Grenzgebieten" veröffentlicht.

Auf Einladung der Bundesregierung fand im Oktober die "4. Europäische Raumordnungsministerkonferenz" in Wien statt, deren Generalthema "Leitlinien für die Raumordnung des ländlichen Raumes in Europa, ein Beitrag zu einer Gesamtpolitik der Europäischen Raumordnung" war.

E Integrationsentwicklung auf anderen Gebieten

I Wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit der europäischen Staaten und EURONET

Einen Schwerpunkt der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit der europäischen Staaten (COST) bildeten im Berichtsjahr die Vorbereitungsarbeiten für eine Aktion zum Thema "Behandlung und Verwendung von Klärschlamm". Die gegenständliche Aktion, an der Österreich bisher nicht teilgenommen hat, wird wegen des großen Interesses für den Umweltschutz von den Europäischen Gemeinschaften als Gemeinschaftsaktion mit der Möglichkeit der Beteiligung von Drittstaaten weitergeführt werden. Österreich hat seine grundsätzliche Absicht, an dieser Aktion teilzunehmen, bereits bekanntgegeben.

Im Rahmen des schon 1977 unterzeichneten Übereinkommens betreffend Elektronische Hilfen für den Verkehr auf großen Fernverkehrsstraßen beteiligt sich Österreich an den Forschungsarbeiten auf dem Gebiet der Datenübertragung mittels UKW bei Glatt-eiswarngeräten sowie an einem verkehrspsychologischen Thema.

- 36 -

Österreich beteiligt sich ferner an den COST-Aktionen in Bereichen des Fernmeldewesens, der Metallurgie und Meteorologie. Auch eine Beteiligung an einer weiteren Aktion der Europäischen Gemeinschaften auf dem Gebiete des Umweltschutzes ist in Aussicht genommen.

Für 1979 ist die Inbetriebnahme des Informationsnetzes zur Datenübertragung der europäischen Gemeinschaften (EURONET) vorgesehen. Es soll einen raschen, billigen und zuverlässigen Zugriff auf wissenschaftliche, technische, gesellschaftliche, rechtliche und wirtschaftliche Informationen gewährleisten, die in den angeschlossenen Datenbanken gespeichert sind. Benützer werden in erster Linie Forschungsinstitute, die Industrie und die Verwaltung sein. Für europäische Nichtmitgliedstaaten der EG ist grundsätzlich eine Beteiligungsmöglichkeit vorgesehen. Im Hinblick auf das Interesse der zuständigen österreichischen Stellen an einer solchen Beteiligung wurden von der Österreichischen Mission bei den EG erste sondierende Gespräche mit den zuständigen Stellen der EG-Kommission geführt.

II Verkehrspolitik

1) Zusammenarbeit auf verschiedenen allgemeinen Gebieten am Sektor Verkehr

Österreich ist aufgrund seiner geographischen Lage als Transitland für den Personen- und Güterverkehr zwischen den Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft von größter Bedeutung. Die außerordentliche Zunahme des alpenüberquerenden Güter- und Personenverkehrs (allein 24-fache Steigerung des Straßen-gütertransports durch Österreich in den letzten 15 Jahren) erfordert Investitionen einer Größenordnung, die längst nicht mehr nur durch innerösterreichische, sondern vielmehr durch gesamteuropäische Bedürfnisse bestimmt wird.

- 37 -

Die Belastungen Österreichs als Nord-Süd- bzw. Nordwest-Südosttransitland werden sich vor allem durch den bevorstehenden Beitritt Griechenlands zur Gemeinschaft und aber auch allgemein durch die aktive Mittelmeerpolitik der EG weiter erhöhen.

Aus diesen Gründen ist Österreich an einer Zusammenarbeit mit den EG im Verkehrssektor außerordentlich interessiert. 1978 fanden Gespräche mit der EG-Kommission über nachstehende Themen statt:

a) Allgemeine Verkehrsgespräche

Hier handelt es sich um in unregelmäßigen Abständen stattfindende Gespräche von Experten über Planung, Gesetzgebung und Durchführung von Maßnahmen zur Lösung von Verkehrsproblemen aller Art. Sie fanden erstmals im Februar 1978 statt.

b) "Gastarbeiterroute"

Ein wichtiges Anliegen Österreichs ist die finanzielle Beteiligung der EG am beschleunigten Ausbau der Innkreis-Pyhrn-Autobahn, welche das österreichische Teilstück der Nordwest-Südostverkehrsverbindung ("Gastarbeiterroute") darstellt. Die EG-Kommission hat hiezu eine Kosten-Nutzenuntersuchung in Auftrag gegeben.

c) Einführung eines österreichischen Straßenverkehrsbeitrages

In drei Gesprächsrunden in der ersten Jahreshälfte wurde den EG die Notwendigkeit und Bedeutung der Einführung des Straßenverkehrsbeitrages durch Österreich dargelegt. Es konnte dabei der nicht-diskriminatorische Effekt dieser Abgabe verdeutlicht werden.

d) Gespräche über eine europaweite wegekostengerechte Besteuerung des Straßengüterverkehrs

Im Zusammenhang mit der Einführung des Straßenverkehrsbeitrages hat sich Österreich bereiterklärt, sich einer

- 38 -

europaweiten wegekostengerechten Besteuerung des Straßen-güterverkehrs anzuschließen, soferne das von den EG ausgearbeitete System den spezifisch österreichischen Verhältnissen als Transitland Rechnung trägt. Nach zwei Gesprächsrunden mit EG-Experten prüfen zur Zeit österreichische Sachverständige das EG-System im Hinblick auf seine Anwendbarkeit auf österreichische Verhältnisse.

2) Verhandlungen im Hinblick auf ein Abkommen zur Liberalisierung des grenzüberschreitenden Gelegenheitsverkehrs mit Omnibussen

Die Verhandlungen zwischen der Gemeinschaft und den der Konferenz der Europäischen Verkehrsminister angehörenden Staaten über die Liberalisierung der Personenbeförderung im grenzüberschreitenden Gelegenheitsverkehr mit Omnibussen wurden im Jahre 1978 fortgesetzt. Diese Verhandlungen sind insoferne bemerkenswert, als es sich hierbei um das erste Abkommen auf dem Verkehrssektor handelt, in dem die Gemeinschaft als solche als Vertragspartner auftritt. Nicht zuletzt aus diesem Grund stellt das Abkommen ein Modell für allfällige weitere Verträge zwischen der Gemeinschaft und den europäischen Drittländern auf dem Verkehrssektor dar.

Über den Abkommenstext konnte bereits weitgehend Einigung erzielt werden; aus österreichischer Sicht ist es jedoch noch erforderlich, eine volle Gleichbehandlung der österreichischen Omnibusunternehmer im Vergleich zu den Konkurrenzunternehmen aus dem EG-Bereich sicherzustellen. Die Verhandlungen werden weitergeführt.

III Zusammenarbeit mit den EG auf dem Gebiet des Umweltschutzes

Der Notenwechsel betreffend ein Übereinkommen über den Informationsaustausch mit den EG auf dem Gebiet des Umweltschutzes

- 39 -

wurde am 28. April unterzeichnet. In Entsprechung der im Übereinkommen vorgesehenen Intensivierung der Kontakte auf Beamten- und Expertenebene fand am 9. November ein erstes Gespräch statt.

Thema dieser Tagung war insbesondere ein eingehender Meinungs- und Informationsaustausch über Probleme der Luftreinhaltung, der Abfallwirtschaft, der Lärmbekämpfung, des Gewässerschutzes sowie über wirtschaftliche Aspekte des Umweltschutzes und einschlägige Fragen der Zweckforschung.

Den Schwerpunkt der Gespräche bildeten die Themen der Luftreinhaltung und der Zweckforschung, wobei seitens der EG besonderes Interesse an den österreichischen Arbeiten über lungengängige Stäube gezeigt wurde. Man nahm in Aussicht, hinsichtlich dieser Problematik ein Expertentreffen in Österreich durchzuführen.

Darüberhinaus wurde generell beschlossen, die Expertenkontakte zwischen Österreich und der EG-Kommission hinsichtlich aller erstgenannten Themenkreise zu intensivieren und in regelmäßigen Abständen Tagungen hoher Beamter abzuhalten.

IV Konjunktur- und Währungsfragen, informative Gespräche Österreich-EG

Nachdem anlässlich des Besuches des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten in Brüssel im Juni 1978 ein Informationsaustausch zwischen Österreich und der Gemeinschaft über Konjunktur- und Währungsfragen grundsätzlich vereinbart worden war, fand im Oktober ein erstes Expertentreffen in Brüssel statt. Der Zweck der Gespräche war ein eingehender Meinungsaustausch über die Wirtschaftslage und -aussichten sowie über die auf beiden Seiten verfolgte Wirtschafts- und Konjunkturpolitik.

- 40 -

Beide Seiten stimmten hinsichtlich der Nützlichkeit derartiger Kontakte, die grundsätzlich weitergeführt werden sollen, überein.

V Europäisches Markenrecht

Auf Grund des von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften im Jahre 1977 veröffentlichten Vorentwurfs einer Verordnung über die Gemeinschaftsmarke wurde bei eingehenden Beratungen mit den interessierten Kreisen die übereinstimmende Meinung erreicht, die österreichischen Vorstellungen sowohl zum Inhalt als auch zur Rechtsform des Entwurfes im Wege der EFTA an die Europäischen Gemeinschaften mit dem Ziel heranzutragen, daß Österreich die Möglichkeit eröffnet werden soll, an der Gestaltung der Rechtsgrundlagen für ein Europäisches Markenrecht aktiv teilzunehmen.

Im Jahre 1978 konnte dann durch Besprechungen im Rahmen einer EFTA-Arbeitsgruppe und zufolge entsprechender Beschlußfassung des EFTA-Rates die Grundlage für ein koordiniertes Vorgehen der EFTA-Staaten geschaffen werden.

F Die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaften im Jahre 1978

Auch 1978 standen die Europäischen Gemeinschaften unter dem Eindruck weltweiter wirtschaftlicher Schwierigkeiten und sektorieller Probleme, aber auch bedeutsamer Integrations- und Erweiterungsbemühungen. Besondere Aufmerksamkeit galt der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, vor allem der Jugendarbeitslosigkeit, der Inflation, der Verbesserung des Wirtschaftswachstums und in diesem Zusammenhang den Bemühungen um eine erhöhte Währungsstabilität in Europa.

- 41 -

Trotz Schwierigkeiten konnten mit der Festsetzung des Termins für die Direktwahlen zum EG-Parlament für 1979 und die grundsätzliche Beschlußfassung über die Errichtung eines Europäischen Währungssystems bedeutsame Schritte zur Konsolidierung und zum weiteren Ausbau der Europäischen Integration gemacht werden. Es ist anzunehmen, daß die eingeleitete Diskussion über eine Erweiterung der Befugnisse des Parlaments fortgesetzt werden wird. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist die Auseinandersetzung zwischen dem EG-Ministerrat bzw. einigen Mitgliedsstaaten und dem Europäischen Parlament wegen der von diesem - entgegen der Auffassung des Rats - beschlossenen Budgeterhöhung, insbesondere für den Regionalfonds. Die Erweiterung der Gemeinschaft nach dem Süden trat in eine konkrete Phase, indem die Beitrittsverhandlungen mit Griechenland substantiell abgeschlossen und die Verfahren zum Beitritt Spaniens und Portugals eingeleitet wurden.

Außer den Bemühungen um den inneren Ausbau und um die Erweiterung der Gemeinschaft wurden die Außenbeziehungen weiter entwickelt, indem die Weichen für den Abschluß der multilateralen Handelsverhandlungen im GATT (Tokio-Runde), für Verhandlungen über die Erneuerung des Assoziationsabkommens von Lomé (AKP-Staaten), sowie mit dem COMECON gestellt wurden und - in unterschiedlichem Ausmaß - auch schon zu einigen konkreten Ergebnissen bzw. Zwischenergebnissen führten. Die Verhandlungen mit China wurden durch den Abschluß eines Handelsabkommens beendet.

Die bereits 1977 bemerkbare Akzentverschiebung von außen nach innen setzte sich fort, bedingt einerseits durch die wirtschaftlichen Strukturprobleme und den noch nicht abgeschlossenen Anpassungsprozeß aufgrund der ersten Erweiterung der Gemeinschaft und andererseits die währungspolitischen Initiativen sowie die Bemühungen zur Verstärkung der Integration durch bessere demokratische Verankerung der Institutionen der EG. Im Auftreten der Gemeinschaften nach Außen, insbesondere bei den internationalen

- 42 -

Organisationen und im Zusammenhang mit wichtigen weltpolitischen Fragen konnte eine verstärkte Solidarität der Neun festgestellt werden.

In der Wirtschaftslage der Gemeinschaft trat eine gewisse Verbesserung insofern ein, als die Inflationsraten zurückgingen und in der Leistungsbilanz ein bedeutender Überschuß erzielt wurde. Hingegen war die Entwicklung der Gesamtnachfrage, des Investitionsvolumens, aber auch des Wirtschaftswachstums und insbesondere des Beschäftigungsstandes, der noch immer durch eine hohe Arbeitslosigkeit gekennzeichnet war, eher unbefriedigend.

In der Landwirtschaft, die wesentlich stärker als andere Wirtschaftsbereiche gemeinschaftlichen Regelungen unterliegt und von Brüssel aus gelenkt wird, standen die strukturellen Überschüsse vor allem bei Milch, Zucker und Wein im Vordergrund der Überlegungen. Eine vorsichtige Preispolitik trug wesentlich zur Dämpfung der Preisentwicklung bei.

In anderen Bereichen, wie in der Fischerei-, Verkehrs- und Energiepolitik, waren keine merklichen Fortschritte zu verzeichnen.

Der Europäische Rat, der eine Institutionalisierung der früheren Gipfelkonferenzen darstellt, hat sich als Lenkungsorgan der Gemeinschaft stärker profiliert und ist vor allem durch seine Entscheidungen über die Errichtung eines Europäischen Währungssystems hervorgetreten. Über Beschluß des Europäischen Rates wurde ferner der "Ausschuß der drei Weisen" eingesetzt, der Möglichkeiten für eine Verbesserung des Funktionierens und der Entwicklung der Gemeinschaftsinstitutionen, besonders im Zusammenhang mit der weiteren Erweiterung der Gemeinschaft, prüfen soll.

- 43 -

Der Integrationsfortschritt in der Gemeinschaft wird schließlich durch eine allmähliche Verdichtung der Handels-, Finanz- und Unternehmensverflechtung, durch die zunehmende Vergemeinschaftung und Harmonisierung in einigen in den EG-Verträgen vorgesehenen Bereichen sowie die Ausdehnung des Gemeinschaftsbudgets unterstrichen.

Zollunion und Binnenmarkt

Das gemeinsame Zollgebiet der Neun mit einheitlichen Regeln für den Handel mit Drittstaaten und der damit geschaffene Gemeinsame Markt sind Kernstück der Integration in den EG. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten - innerhalb und außerhalb der EG - und dadurch ausgelöste protektionistische Tendenzen, sowie unvorhersehbare Entwicklungen im Währungsbereich hatten eine Beeinträchtigung des freien Warenverkehrs und damit des Integrationsprozesses zur Folge. Es wird daher zunehmender Anstrengungen bedürfen, um einen echten einheitlichen Binnenmarkt zu erreichen und die Gefahr seiner Aufspaltung, wie dies beim Agrarmarkt im zunehmenden Maße droht, zu begegnen.

Die Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen der Gemeinschaft war unterschiedlich und insbesondere in der Stahl-, Textil- und Schuhindustrie durch anhaltende Schwierigkeiten und Defensivmaßnahmen charakterisiert.

Angesichts der Krise am Stahlsektor hat die EG-Kommission die 1976 und 1977 getroffenen Maßnahmen (freiwillige Verpflichtungen der Unternehmungen, Einführung obligatorischer Mindestpreise für bestimmte Stahlerzeugnisse, sowie von Orientierungspreisen für Walzerzeugnisse) verlängert und ausgeweitet. Ergänzt wurde dieses System durch die Einführung von Konformitätsbescheinigungen und einer Kautionsregelung.

- 44 -

Auswärtige Beziehungen

Die Gemeinschaft setzte ihre Bemühungen zu einem vermehrt solidarischen Auftreten nach außen fort. Sie war als solche auch beim Weltwirtschaftsgipfel vertreten. Die Gemeinschaft widmete besondere Aufmerksamkeit den multilateralen Handelsverhandlungen im GATT, dem Abschluß eines Handelsabkommens mit China, den Verhandlungen mit dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW, COMECON), den Beziehungen zu den ASEAN-Staaten und dem verbesserten Zutritt zum japanischen Markt.

Im Vordergrund der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern standen Verhandlungen mit den AKP-Staaten über ein neues Abkommen, da das bisherige Lomé-Abkommen am 1. März 1980 ausläuft. Von Bedeutung waren auch das Inkrafttreten der Kooperationsabkommen mit den Maghreb- und den Maschrik-Ländern sowie des Ergänzungsprotokolls mit Israel.

In den handelspolitischen Beziehungen zu den Drittländern ist eine Verstärkung der Tendenz zu sektoriellen Schutzmaßnahmen zu beobachten, indem die Gemeinschaft z.B. bei Textileinfuhren von den Sonderbestimmungen des EWG-Vertrages zum Ausschluß derartiger Importe von der Gemeinschaftsbehandlung vermehrt Gebrauch machte. Besondere Beachtung verdienen auch Sondermaßnahmen der Gemeinschaft im Eisen- und Stahlbereich, mit denen den Markt- und strukturellen Schwierigkeiten auf diesem Sektor begegnet werden soll. In diesem Sinne hat die Gemeinschaft mit insgesamt 15 wichtigen Stahlexportländern (Österreich, Schweiz, Schweden, Norwegen, Finnland, Polen, Spanien, Ungarn, CSSR, Rumänien, Südafrika, Australien, Südkorea und Japan) Vereinbarungen getroffen.

- 45 -

Im abgelaufenen Jahr wurde auch das System der allgemeinen Präferenzen der Gemeinschaft verbessert, das den Entwicklungsländern einen leichteren Zugang zum gemeinsamen Markt unter besonderer Berücksichtigung der ärmsten unter ihnen gewähren, aber auch den zunehmenden Schwierigkeiten einzelner Industrien der Gemeinschaft Rechnung tragen soll.

Eine Neugestaltung der Beziehungen der Gemeinschaft zu den europäischen Mittelmeerländern ist durch die beabsichtigte Erweiterung nach dem Süden im Gange. Mit einem baldigen Abschluß der Beitrittsverhandlungen mit Griechenland und der Unterzeichnung des betreffenden Abkommens wird gerechnet. Mit Portugal und Spanien wurden die Verhandlungen eingeleitet. Weiters ist die Gemeinschaft um eine Verbesserung der Beziehungen zur Türkei, mit der die Gemeinschaft ein Assoziationsabkommen verbindet, bemüht. Mit Zypern wurden Anfang 1978 die Verhandlungen über den Abschluß eines Ergänzungsprotokolls zum Assoziationsabkommen sowie eines Protokolls über den Handel mit Agrarerzeugnissen abgeschlossen.

Mit Jugoslawien ist der Abschluß eines Kooperationsabkommens mit einer zeitlich befristeten präferenziellen Außenhandelsregelung und Handelserleichterungen bei gewissen agrarischen Produkten zugunsten Jugoslawiens in Diskussion.

Mit dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe wurden die Verhandlungen über den Abschluß eines Abkommens fortgesetzt. Die Beziehungen zur VR China wurden intensiviert; dem Abschluß eines Handelsabkommens ist besondere Bedeutung beizumessen, da es sich um das erste derartige Abkommen der Gemeinschaft mit einem Staatshandelsland handelt.

- 46 -

Wirtschafts- und Währungspolitik

Die Wirtschaftsentwicklung in der Gemeinschaft war durch rückläufige Inflationsraten und eine Verbesserung der Leistungsbilanz, die einen Überschuß von 8 Mrd. ERE (147 Mrd. ÖS) gegenüber einem Überschuß von 1,7 Mrd. ERE (31 Mrd.ÖS) im Jahre 1977 und einem Defizit von 6,3 Mrd. ERE (116 Mrd. ÖS) im Jahre 1976 auswies, gekennzeichnet. Das Wachstum des Bruttosozialprodukts wird voraussichtlich 2,6 % gegenüber 2,3 % im vorangegangenen Jahr erreichen, wobei es in Dänemark mit Null am niedrigsten und in Irland mit 6 % am höchsten liegt. Die Arbeitslosigkeit war mit 5,7 % der Erwerbspersonen etwas höher als 1977 (5,5 %). Die Verbraucherpreise stiegen um etwa 7 % im Gemeinschaftsdurchschnitt gegenüber 9 % im Vorjahr. Die Inflationsrate war mit 2,8 % in der Bundesrepublik Deutschland am niedrigsten und mit 12,5 % in Italien am höchsten.

Herausragendes Ereignis in der Integrationsentwicklung des abgelaufenen Jahres war der grundsätzliche Beschluß des Europäischen Rates über die Schaffung einer Zone der Währungsstabilität in Europa. Dieses Europäische Währungssystem (EWS) stützt sich auf eine Europäische Währungseinheit (EWE), einen Wechselkurs- und Integrationsmechanismus, auf Kreditmechanismen und einen Transfermechanismus. Um das Funktionieren des EWS abzusichern, soll auch eine größere Konvergenz in der Wirtschaftspolitik der Mitgliedsstaaten vorgesehen werden. Die zu diesem Zweck bereits früher eingeleiteten Bemühungen sollen verstärkt werden. Die EWE soll als Bezugsgröße bzw. als Grundlage für einen Abweichungsindikator, als Rechengröße für die Forderungen und Verbindlichkeiten im Interventions- und Kreditmechanismus und schließlich als Instrument für den Saldenausgleich zwischen den Währungsbehörden der Gemeinschaft dienen.

- 47 -

Beim Wechselkurs- und Interventionsmechanismus handelt es sich um die Weiterentwicklung des bisherigen Währungsverbundes ("Schlange"). Die in EWE ausgedrückten Leitkurse sollen zur Festlegung eines Gitters bilateraler Wechselkurse, für die eine Bandbreite von $\pm 2,25$ % vorgesehen ist, verwendet werden. Um auch den isoliert floatenden Währungen die Teilnahme am EWS zu ermöglichen, werden für diese in der 2-jährigen Anfangsphase des Systems größere Bandbreiten - bis zu 6 % - eingeräumt werden, die je nach wirtschaftlichen Verhältnissen stufenweise verringert werden sollen.

Der Interventionsmechanismus wird mit sehr kurzfristigen Kreditfazilitäten in unbegrenzter Höhe ausgestattet. Der Saldenausgleich wird über den Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit (EFWZ) durchgeführt, auf den am Ende einer Übergangszeit von 2 Jahren je 20 % des Goldbestandes und der Dollarreserven der Zentralbanken übertragen werden sollen, denen der Gegenwert in EWE zum Saldenausgleich zur Verfügung steht. Die effektiv zur Verfügung stehenden Kredite sollen sich auf 25 Mrd. EWE, davon 14 Mrd. für den kurzfristigen und 11 Mrd. für den mittelfristigen finanziellen Beistand, belaufen.

Mit der Einrichtung des EWS soll auch ein Tranfermechanismus eingeführt werden, mit dessen Hilfe die schwächeren Volkswirtschaften im Verlaufe von 5 Jahren von der Europäischen Investitionsbank Darlehen bis zu einer Milliarde ERE jährlich zu Sonderbedingungen - Zinsvergünstigung von 3 % - in Anspruch nehmen können.

Die Inkraftsetzung des Systems war für 1. Jänner 1979 beabsichtigt, mußte aber wegen Meinungsverschiedenheiten zwischen Mitgliedstaaten über den in Zusammenhang mit der Verwirklichung des EWS vorzunehmenden Abbau der landwirtschaftlichen Währungsausgleichsbeträge zunächst aufgeschoben werden.

- 48 -

Landwirtschaft

Die gemeinsame Agrarpolitik hatte sich 1978 besonders mit den steigenden Unterschieden zwischen den Agrarpreisen der Mitgliedstaaten (zwischen dem deutschen und britischen Markt derzeit 40 %), mit den strukturellen Überschüssen insbesondere bei Milch und Zucker, mit den Strukturunterschieden und dem Niveaugefälle innerhalb der Gemeinschaft sowie mit den Einflüssen der währungspolitischen Entwicklung auf dem Agrarsektor auseinanderzusetzen.

Die Gemeinschaft war hiebei bemüht, die Einheitlichkeit des gemeinsamen Agrarmarktes wiederherzustellen und zu diesem Zwecke insbesondere die gemeinsamen Agrarpreise wieder funktionsfähig zu machen. Der Beseitigung bzw. Verminderung des in dieser Hinsicht störenden Währungsausgleichs, mit dem die Unterschiede zwischen den nominellen "grünen" Währungskursen und den realen Marktkursen ausgeglichen werden sollen, galt daher besondere Aufmerksamkeit.

In Anbetracht dieser Probleme, aber auch aus konjunktur- und inflationspolitischen Gründen hat der Ministerrat für das Wirtschaftsjahr 1978/79 nur eine unter der Verbraucherpreissteigerung liegende gemäßigte Anhebung der gemeinsamen Agrarpreise um durchschnittlich 2,1 % beschlossen, u.zw. für Milch, Zuckerrüben, Schweinefleisch, Wein und Obst und Gemüse um je 2 %, Getreide zwischen 0 und 2,7 % sowie Rinder um 2,5 %.

Das Ungleichgewicht auf den Agrarmärkten hat sich infolge der Produktionssteigerung insbesondere bei Milch und Zucker weiter verschärft.

Die Gemeinschaft hat 1978 eine neue Marktorganisation für Olivenöl sowie eine gemeinsame Marktordnung für Trockenfutter zur besseren Eiweißversorgung in der Gemeinschaft eingeführt. An der Weinmarktordnung wurden Änderungen bezüglich der Mindest-

- 49 -

vermarktungspreise, obligatorischen Destillation, Beihilfen und Einteilung der Rebflächen vorgenommen. Für Kartoffel und Schafffleisch stehen Vorschläge für gemeinsame Marktorganisationen in Diskussion.

Im Budget der Gemeinschaft wurden zur Finanzierung des Agrarbereiches insgesamt 9.132 Mio. ERE (d.s. 168 Mrd. ÖS), vorgesehen, d.s. 74 % des EG-Gesamtbudgets. Davon wurden für Markt- und Preisstützungen (Interventionen und Exporterstattungen) sowie für den Währungsausgleich 8.677 Mio. ERE (159 Mrd. ÖS) bereitgestellt.

Bei den Bemühungen der Gemeinschaft zur Verbesserung der Agrarstrukturen standen Maßnahmen im Vordergrund, welche die Verbesserung der Produktionsbedingungen in den Mittelmeergebieten Frankreichs, Italiens sowie in Westirland zum Gegenstand haben.

Umwelt- und Verbraucherschutz

Im Vordergrund der Bemühungen standen Maßnahmen des Gewässerschutzes, die neben der Fortführung bisheriger Arbeiten (Schutz des Grundwassers gegen Verschmutzung und Schutz der Oberflächengewässer) nunmehr auch Sonderaktionen zum Schutz des Meeres umfassen. Weitere Schwerpunkte betrafen die Reinhaltung der Luft (Richtlinie betreffend den Bleigehalt des Benzins) und die Lärmbekämpfung (Richtlinie betreffend den Schallemissionspegel von Baumaschinen).

Neben Arbeiten über Umweltchemikalien (EntschlieÙung über Flourkohlenwasserstoffe), vorbereitenden Arbeiten auf dem Gebiet der Abfallbeseitigung und der grundsätzlichen Annahme einer Richtlinie über die Erhaltung der Vogelarten sind nachstehende internationale Aktivitäten von Bedeutung:
Übereinkommen zum Schutz des Mittelmeeres vor Verschmutzung

- 50 -

sowie Übereinkommen über den Schutz des Rheins gegen chemische Verunreinigung.

Im Lebensmittelbereich ist eine Richtlinie über die Etikettierung und Aufmachung von Lebensmitteln für den Endverbraucher sowie die Werbung in diesem Bereich verabschiedet worden.

Verkehr

Fortschritte wurden insbesondere bezüglich Seeverkehr (Sicherheit), Luftfahrt und im Binnenverkehr (Verbesserung der Grenzübertritte) erreicht. Ferner wurde Einvernehmen über ein gemeinschaftliches Vorgehen in Bereichen der Verkehrsinfrastruktur (z.B. Einführung eines Beratungsverfahrens, Unterstützung von Vorhaben von gemeinschaftlichem Interesse) und der Beziehungen zum Ausland erzielt.

Im Verhältnis zu Österreich und der Schweiz wurden Kontakte in Form allgemeiner und besonderer Verkehrsgespräche hergestellt.

Weitere Maßnahmen der Gemeinschaft betrafen die unbefristete Anwendung der gemeinsamen Regeln für bestimmte Beförderungen im kombinierten Güterverkehr Schiene-Straße zwischen EG-Mitgliedstaaten und die grundsätzliche Billigung der ersten Richtlinie zur Anpassung der nationalen Systeme für Nutzfahrzeuge (Wegekostenabgeltung).

Energie

Die vom Europäischen Rat auf seiner Tagung im Juli bekräftigte Zielsetzung betreffend die Verringerung der Abhängigkeit der

- 51 -

EG von eingeführter Energie auf 50 % (derzeit 56 %) und die optimale Nutzung der Gemeinschaftsressourcen wurde bisher nur unzureichend realisiert. Unter den positiven Aspekten ist die Politik zur finanziellen Unterstützung von Vorhaben zur Nutzung alternativer Energiequellen zu nennen. Während der Energieverbrauch annähernd stabil blieb, konnte die Energieproduktion hauptsächlich aufgrund des Nordsee-Erdöls gesteigert werden. Die Kohleförderung geht zurück, so daß die Gefahr besteht, daß dieser Sektor die ihm in der Energieversorgung der EG zugedachte Funktion unter den derzeit gegebenen Umständen nicht wird erfüllen können.

Im Bereich der Erdölraffination stellen vor allem Überkapazitäten ein Problem dar. Die für 1983 auf 90 GWe (Gigawatt elektrisch) veranschlagte Kernkraftwerksleistung wird voraussichtlich nur 80 GWe betragen, obwohl der Europäische Rat in Bremen wiederum bestätigte, daß der Beitrag der Kernenergie für die EG unerlässlich sei. Die mittel- und langfristige Energielage der Gemeinschaft ist sohin unbefriedigend. Ein wesentliches Wirtschaftswachstum würde zu einer erhöhten Energienachfrage führen, die nur durch zusätzliche Einfuhren gedeckt werden könnte, deren Kosten aber die Erreichung der wirtschaftlichen und sozialen Ziele behindern könnten.

Bezüglich Kernenergie war der Beschluß über die Errichtung der Versuchsanlage JET (Joint European Torus) in Culham in Großbritannien von Bedeutung. Damit wurde das erste echte gemeinsame Unternehmen im Sinne des EURATOM-Vertrages für die Forschung im Bereich der kontrollierten thermonuklearen Fusion gegründet. Die gesamte Fusionsforschung beansprucht am Energiesektor den größten Teil der finanziellen Mittel.

An einem Fünfjahres-Forschungsprogramm der Gemeinschaft beteiligt sich auch Schweden. Auch die Beteiligung der Schweiz steht bevor.

- 52 -

Europäische Investitionsbank (EIB)

Die EIB gewährte 1978 aus eigenen und Sondermitteln Darlehen in der Höhe von nahezu 2,2 Mrd. ERE (40 Mrd.ÖS), d.s. 39 % mehr als 1977. Die Erhöhungen kamen sowohl den Mitgliedstaaten als auch Drittländern zugute. Vorrangig wurden regionalwirtschaftlich wichtige Vorhaben in Italien, Großbritannien und in Irland gefördert.

Für die Entwicklungszusammenarbeit mit Nicht-Mitgliedstaaten sind die Finanzierungen in den AKP-Staaten (Abkommen von Lomé) in der Türkei, Portugal, Griechenland und Jugoslawien - jeweils im Rahmen der Finanzprotokolle - sowie die Soforthilfe an den Libanon von Bedeutung.

Die EIB hat 1978 Anleihen in der Höhe von 1,9 Mrd. ERE aufgenommen.

Gemeinschaftsbudget

Der Gesamthaushaltsplan der EG für 1978 umfaßte insgesamt 12,7 Mrd. ERE (Verpflichtungen), d.s. 234 Mrd.ÖS, bzw. 12,4 Mrd. ERE (Zahlungen), von denen 9,1 Mrd. ERE (167 Mrd.ÖS), d.s. 74 % auf den Agrarbereich entfielen.

- 53 -

G. Schlußbemerkungen

Nachdem der Freihandel mit den EG bei den meisten industriell-gewerblichen Waren am 1. Juli 1977 hergestellt worden war, fanden im Berichtszeitraum lediglich weitere Zollabbaumaßnahmen bei den sogenannten sensiblen Produkten statt. Dennoch war deutlich, daß handelsfördernde Auswirkungen des Freihandelsabkommens auf den österreichischen Außenhandel auch im Berichtszeitraum in spürbarem Ausmaß gegeben waren.

Zusammen mit einer Besserung der wirtschaftlichen Lage in einigen Hauptabsatzmärkten hat sich die schon im Vorjahr feststellbare Verbesserung der Marktanteile österreichischer Exporte in den EG-Staaten - mit Ausnahme Italiens, Dänemarks und Irlands - als Folge des Freihandelsabkommens fortgesetzt. Am deutlichsten kam diese Tendenz im Export nach Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland zum Ausdruck.

Erfreulicherweise zeigen auch die Marktanteile Österreichs in den EFTA-Staaten im Durchschnitt eine günstige Entwicklung, wenn auch in einem von Land zu Land unterschiedlichen Ausmaß bzw. mit Anteilsverlusten in Finnland und Portugal. Damit ist seit dem Inkrafttreten des Freihandelsabkommens mit den EG bzw. des Beitritts einiger EFTA-Staaten zur Gemeinschaft, und dem damit einhergehenden Abbau der EFTA-Präferenzen zugunsten einer Öffnung der Märkte gegenüber der Gemeinschaft, erstmals wiederum eine Verbesserung der Situation für österreichische Lieferungen im EFTA-Raum eingetreten.

Weiters steht einem Anteilsgewinn der österreichischen Ausfuhren nach Griechenland ein Anteilsverlust in Spanien gegenüber.

- 54 -

Grundsätzlich ist festzustellen, daß die Ausfuhren Österreichs in die EG, wie schon im Vorjahr, stärker zunahmen als die Gesamtexporte und die Importe aus den EG überdies einen etwas kleineren Rückgang als die Gesamteinfuhren aufweisen. Damit hat sich nach der unterdurchschnittlichen Entwicklung der Ausfuhr in die Gemeinschaft während der ersten Jahre nach Inkrafttreten des Freihandelsabkommens nunmehr ein überdurchschnittliches Wachstum der Exporte in die Gemeinschaft im Vergleich zum allgemeinen Entwicklungstrend der österreichischen Ausfuhr angebahnt.

Hier bestätigt sich die Annahme, daß kleinere Volkswirtschaften, wie die österreichische, die Vorteile eines größeren Freihandelsraumes - in Form eines dynamischen Integrationseffektes - erst in einer längeren Übergangsperiode erlangen als vergleichsweise größere Staaten oder Staatengebilde, wie die Gemeinschaft.

Hat sich durch diese Entwicklung zwar das Handelsdefizit gegenüber 1977 reduziert, so kommt die weiterhin besondere Stellung der Gemeinschaft im Außenhandel Österreichs darin zum Ausdruck, daß das Defizit zu den EG wiederum größer ist als das Gesamthandelsdefizit Österreichs.

Im übrigen war das Problem des Handelsbilanzdefizits während des abgelaufenen Jahres eines der zentralen Themen des Gemischten Ausschusses der beiden Freihandelspartner sowie Gegenstand einer Reihe von Interventionen, die sehr intensiv unter Nutzung aller diplomatischen Möglichkeiten und auf Ministerebene vorgenommen wurden. Ohne in diesem Zusammenhang näher auf die Frage einzugehen, in welchem Ausmaß Sondereinflüsse wirksam waren und inwieweit hierbei eine strukturelle Komponente ebenfalls eine Rolle spielt,

- 55 -

ist doch grundsätzlich festzustellen, daß dem Problem des Handels- und Leistungsbilanzdefizits weiterhin besondere Beachtung zu schenken sein wird.

Die aufgezeigte Handelsentwicklung hatte zur Folge, daß sich der österreichische Export in die Gemeinschaft auf 52,4 % der österreichischen Gesamtausfuhr erhöhte (im Vorjahr vergleichsweise 49,5 %). Importseitig hat sich die regionale Streuung nach den europäischen Wirtschaftsräumen - EG, EFTA, COMECON - hingegen nicht wesentlich verändert.

Dieser Tendenz entsprechend ist die Austauschrelation im Handel Österreichs mit den EG von 52,2 auf 60,9 % angestiegen (Zunahme 8,7 Prozentpunkte); etwas geringer aber die Austauschrelation im österreichischen Warenverkehr insgesamt (Zunahme 7,1 Prozentpunkte).

Mit Einschränkungen hinsichtlich des agrarischen Sektors kann die Aussage gemacht werden, daß das Abkommen Österreichs mit den EG sich als Instrument zur Herstellung des Warenfreiverkehrs und als Grundlage für die gemeinsame Lösung außerordentlicher wirtschaftlicher Schwierigkeiten, die Schutzmaßnahmen erforderten, bewährt hat. Eine auf gegenseitiges Vertrauen gegründete Zusammenarbeit im gegebenen vertraglichen Rahmen ist aber auch eine wesentliche Voraussetzung für die weitere Ausgestaltung der Beziehungen zum größeren europäischen Freihandelsraum, und insbesondere zur Gemeinschaft.

Die Erweiterung der Gemeinschaft um einige Mittelmeerstaaten - die sogenannte zweite Erweiterung - wird gewiß auch für Österreich und die anderen EFTA-Staaten merkliche Auswirkungen zur Folge haben, wobei sich als erstes die schon weiter gediehenen Beitrittsverhandlungen mit Griechenland konkretisieren dürften.

- 56 -

Hiebei stellt sich das Problem, daß der Eintritt Griechenlands in die Rechte und Pflichten eines EG-Mitgliedslandes Übergangsbestimmungen hinsichtlich der bestehenden Freihandelsabkommen zwischen Österreich und den EG erforderlich machen wird. Bei den diesbezüglichen exploratorischen Gesprächen bzw. Verhandlungen mit den EG wird auf eine Gleichstellung der Bedingungen für die österreichischen Exporte auf dem griechischen Markt mit den Lieferungen aus der Neunergemeinschaft hinzuwirken sein.

In Anbetracht der zunehmend spürbaren Diskriminierung österreichischer Exporte auf dem spanischen Markt im Verhältnis zu Lieferungen aus der Gemeinschaft strebt Österreich - so wie die anderen EFTA-Staaten - eine vertragliche Interimsregelung bis zum angestrebten EG-Beitritt Spaniens an. Nach langwierigen Verhandlungen wurde ein diesbezüglicher Vertragsentwurf am 7. Dezember in Genf von den EFTA-Staaten und Spanien paraphiert, dessen Unterzeichnung und Inkraftsetzung vorgesehen ist, sobald zwischen Spanien und Portugal über einige Sonderbestimmungen, die einen Teil des Gesamtübereinkommens darstellen, Einvernehmen hergestellt sein wird.

Einer solchen Einigung zwischen den zwei vorerwähnten Staaten standen bisher neben einer wirtschaftlich unterschiedlichen Ausgangslage auch innerpolitische Schwierigkeiten in beiden Staaten entgegen. Die übrigen EFTA-Staaten werden daher weiterhin ihr Interesse an einem möglichst raschen Abschluß dieser Verhandlungen mit Nachdruck zu vertreten haben.

Eine weitere bedeutende Initiative der Gemeinschaft, die Schaffung einer stabilen europäischen Währungszone in Form des Europäischen

- 57 -

Währungssystems (EWS) wird besonders von den am Handel mit der Gemeinschaft stark beteiligten europäischen Staaten aufmerksam verfolgt. Österreich hat im Hinblick auf den Stellenwert seines Warenaustausches mit der Gemeinschaft im Rahmen des österreichischen Gesamtaußenhandels zweifelsohne ein besonderes Interesse an einer zumindest regional gesicherten Wechselkursstabilität, das auch schon bisher durch die autonome Orientierung der österreichische Wechselkurspolitik am Europäischen Währungsverbund zum Ausdruck kam.

Der Schwerpunkt der Aktivitäten der EFTA-Staaten hinsichtlich der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit lag - von den Verhandlungen mit Spanien abgesehen - angesichts der ungünstigen wirtschaftlichen Lage in den meisten europäischen Staaten und der daraus erwachsenden protektionistischen Tendenzen im Streben nach Sicherung des durch die Integrationsabkommen bisher Erreichten.

Für diese Aufgabe und das darüber hinausgehende Ziel der Ausgestaltung und Ausweitung des Freihandels insbesondere mit den EG sind wesentliche Impulse von dem bei der Gipfelkonferenz der Regierungschefs der EFTA-Staaten im Mai 1977 in Wien vereinbarten langfristigen Programm ausgegangen.

Die EG-Minister haben im Dezember ihrerseits die Bereitschaft der Gemeinschaft bekräftigt, die Erweiterung der Zusammenarbeit mit den EFTA-Staaten in jenen Bereichen in Angriff zu nehmen, wo dies von beiden Seiten gewünscht wird. Die Realisierung dieser grundlegenden Orientierung wird Aufgabe der kommenden Jahre sein, und ein Erfolg nicht unmaßgeblich davon abhängen, daß die Staaten der EG und EFTA mehr als bisher in pragmatischer Weise zu gemeinsamen Lösungen bei den anstehenden Problemen bereit sind.

- 58 -

Eine Reihe derartiger Kontakte und Verhandlungen sind in bilateralem bzw. multilateralem Rahmen bereits aufgenommen worden und haben zum Teil bereits zu konkreten Ergebnissen geführt. Sie können als richtungsweisend angesehen werden.

Tabelle 1Statistischer AnhangÖsterreichische Handelsbilanz
(in Mio. Ö.S.)

	1974	1975	1976	1977	1978
Gesamtsaldo	- 34.925	-32.492	-53.967	-73.060	-55.777
EG (73) ¹⁾	- 44.368	-43.964	-59.654	-73.303	-59.330
EFTA (73) ²⁾	+ 4.952	+ 2.606	+ 1.876	- 41	+ 1.509
Osteuropa (ohne Jugoslawien)	+ 3.743	+ 5.653	+ 3.400	+ 2.706	+ 3.844

1) BRD, F, I, NL, B, Lux, GB, DK, Irl.

2) CH, S, N, P, Isl, SF.

Tabelle 2

Der Warenverkehr Österreichs im größeren europäischen Freihandelsraum
(in Mio. ÖS)

	Einfuhr					Ausfuhr				
	1974	1975	1976	1977	1978	1974	1975	1976	1977	1978
Schweiz	11.549	11.001	12.990	13.989	14.249	13.344	10.234	10.976	11.409	13.672
Norwegen	915	789	937	1.016	902	1.594	1.802	2.163	2.304	1.958
Schweden	4.166	4.156	4.732	4.977	4.289	5.251	5.542	6.130	5.699	4.744
Island	29	26	24	18	24	45	34	50	38	50
Portugal	674	572	524	499	488	1.238	625	833	681	713
Finnland	969	808	881	1.245	1.032	1.785	1.730	1.812	1.482	1.357
EFTA	18.302	17.361	20.088	21.744	20.985	23.254	19.967	21.964	21.703	22.494
BRD	67.455	65.345	84.621	99.188	100.481	26.227	28.601	35.590	42.957	51.260
Italien	11.893	13.210	16.973	20.532	20.568	12.760	10.412	13.894	14.635	15.520
Belg.-Luxbg.	3.696	3.517	4.721	6.127	5.233	1.787	2.092	2.232	2.458	2.635
Frankreich	6.158	6.643	8.646	10.612	9.401	3.001	3.261	4.334	4.818	6.001
Niederlande	5.403	4.977	6.206	6.690	6.691	3.967	3.228	4.056	4.634	5.353
Großbritannien	7.151	6.508	7.536	8.056	7.166	8.528	7.342	7.407	7.478	8.681
Dänemark	1.651	1.413	1.730	1.897	1.803	2.645	2.673	3.217	2.883	2.617
Irland	91	139	176	312	330	215	179	225	248	275
EG	103.498	101.752	130.609	153.414	151.672	59.130	57.788	70.955	80.111	92.342
EFTA und EG	121.800	119.113	150.697	175.158	172.657	82.384	77.755	92.919	101.814	114.836
Griechenland				596	538				1.508	1.649
Spanien				1.065	1.000				1.222	1.003

Tabelle 3

Veränderungen im Außenhandel
(jeweils in % gegenüber dem vorangegangenen Jahr)

	Einfuhr					Ausfuhr				
	1974	1975	1976	1977	1978	1974	1975	1976	1977	1978
Schweiz	+ 13	- 5	+ 18	+ 8	+ 0	+ 20	- 23	+ 7	+ 5	+ 19
Norwegen	+ 31	- 14	+ 19	+ 8	- 11	+ 31	+ 13	+ 20	+ 7	- 15
Schweden	+ 4	- 0	+ 14	+ 5	- 14	+ 37	+ 6	+ 11	- 7	- 17
Island	- 53	- 10	- 8	- 25	+ 32	+ 36	- 24	+ 47	- 24	+ 33
Portugal	+ 6	- 15	- 8	- 5	- 2	+ 36	- 49	+ 33	- 18	+ 5
Finnland	+ 8	- 17	+ 9	+ 41	- 17	+ 29	- 3	+ 5	- 18	- 8
EFTA	+ 10	- 5	+ 16	+ 8	- 4	+ 26	- 14	+ 10	- 1	+ 4
BRD	+ 17	- 3	+ 29	+ 17	+ 1	+ 18	+ 9	+ 24	+ 21	+ 19
Italien	+ 17	+ 11	+ 28	+ 21	+ 0	+ 19	- 18	+ 33	+ 5	+ 6
Belg.-Luxbg.	+ 24	- 5	+ 34	+ 30	- 15	+ 46	+ 17	+ 7	+ 10	+ 7
Frankreich	+ 15	+ 8	+ 30	+ 23	- 11	+ 22	+ 9	+ 33	+ 11	+ 25
Niederlande	+ 26	- 8	+ 25	+ 8	- 0	+ 24	- 19	+ 26	+ 14	+ 16
Großbritannien	+ 0	- 9	+ 16	+ 7	- 12	+ 10	- 14	+ 1	+ 1	+ 16
Dänemark	+ 8	- 14	+ 22	+ 10	- 5	+ 7	+ 1	+ 20	- 10	- 9
Irland	+ 3	+ 53	+ 27	+ 78	+ 6	+ 50	- 17	+ 26	+ 10	+ 11
EG	+ 16	- 2	+ 28	+ 18	- 1	+ 18	- 2	+ 23	+ 13	+ 15
EFTA und EG	+ 15	- 2	+ 27	+ 16	- 1	+ 20	- 6	+ 20	+ 10	+ 13
Griechenland					- 10					+ 9
Spanien					- 6					- 18

Tabelle 4

Regionale Streuung des österreichischen Außenhandels
(Prozentanteile 1974 - 1978)

Ländergruppen	Importe					Exporte				
	1974	1975	1976	1977	1978	1974	1975	1976	1977	1978
Europa	84,3	85,2	84,6	85,3	85,0	84,8	83,6	82,4	83,5	84,7
a) EG (73) ¹⁾	61,5	62,3	63,4	65,3	65,4	44,3	44,2	46,6	49,5	52,4
b) EFTA (73) ²⁾	10,9	10,6	9,7	9,3	9,1	17,4	15,3	14,4	13,4	12,8
c) Osteuropa ohne Jugoslawien	9,7	10,2	9,5	8,8	8,8	15,1	17,1	15,2	14,5	13,7
Amerika	5,0	5,0	5,4	5,5	5,4	6,2	5,3	5,7	5,4	4,9
a) Angloamerika	3,3	3,3	3,4	3,4	3,4	4,4	3,3	3,4	3,8	3,6
b) Latein- amerika	1,7	1,7	2,0	2,1	2,0	1,8	2,0	2,3	1,6	1,3
Afrika	2,8	2,5	2,4	2,2	2,5	3,0	4,0	4,3	4,3	3,9
Asien	7,7	7,1	7,4	6,8	6,8	5,4	6,6	7,2	6,4	6,0
Australien und Ozeanien	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3	0,6	0,5	0,4	0,4	0,5
Entwicklungsländer	13,7	12,5	12,5	11,3	11,4	19,0	20,3	20,0	19,2	17,7

1) BRD, F, I, NL, B, Lux, GB, DK, Irl.

2) CH, S, N, P, Isl, SF.

Tabelle 5

Österreichische Exporte im Jahre 1977 und 1978

Ländergruppen bzw. Länder	1977		1978	
	%-Anteil am Gesamt- export	Wert (in Mio. ÖS)	%-Anteil am Gesamt- export	Wert (in Mio. ÖS.)
Welt	100,0	161,781	100,0	176,112
davon				
- EFTA (73) ¹⁾	13,4	21.703	12,8	22.494
- EG (73) ²⁾	49,5	80.111	52,4	92,342
Schweiz	7,1	11.499	7,8	13,672
Norwegen	1,4	2,304	1,1	1,958
Schweden	3,5	5,699	2,7	4,744
Island	0,02	38	0,03	50
Portugal	0,4	681	0,4	713
Finnland	0,9	1,482	0,8	1,357
BRD	26,6	42,957	29,1	51.260
Italien	9,1	14.635	8,8	15,520
Belgien, Luxemburg	1,5	2,458	1,5	2,634
Frankreich	3,0	4,818	3,4	6,001
Niederlande	2,9	4,634	3,0	5,353
Großbritannien	4,6	7,478	4,9	8,681
Dänemark	1,8	2,883	1,5	2,617
Irland	0,15	248	0,16	275
Griechenland	0,9	1.508	0,9	1,649
Spanien	0,8	1.222	0,6	1,003

1) CH, S, N, P, Isl. SF.

2) BRD, F, I, NL, B, Lux, GB, Irl., DK.

Tabelle 6Österreichische Importe im Jahre 1977 und 1978

Ländergruppen bzw. Länder	1977		1978	
	%-Anteil am Gesamt- export	Wert in Mio. US)	%-Anteil am Gesamt- export	Wert (in Mio. US)
Welt	100,0	234.341	100,0	231.088
davon				
EFTA (73) ¹⁾	9,3	21.744	9,1	20.935
EG (73) ²⁾	65,3	153.414	65,4	151.672
Schweiz	6,0	13.989	6,1	13.289
Norwegen	0,4	1.018	0,4	902
Schweden	2,1	4.977	1,9	4.289
Island	0,01	10	0,01	24
Portugal	0,2	499	0,2	488
Finnland	0,5	1.245	0,5	1.032
BRD	42,2	99.188	43,3	100.481
Italien	8,7	20.532	9,9	20.568
Belgien, Luxemburg	2,6	6.127	2,3	5.233
Frankreich	4,5	10.612	4,1	9.401
Niederlande	2,9	6.690	2,9	6.691
Großbritannien	3,4	8.056	3,4	7.186
Dänemark	0,8	1.897	0,9	1.803
Irland	0,13	312	0,14	330
Griechenland	0,3	596	0,2	559
Spanien	0,5	1.065	0,4	1.000

1) CH, S, N, P, Isl, SF.

2) BRD, F, I, NL, B, Lux, GB, DK, Inl.

Tabelle 7Austauschrelation im Außenhandel

Deckungsverhältnis der Importe durch Exporte

Ländergruppen bzw. Länder	1975 Deckung %	1976 Deckung %	1977 Deckung %	1978 Deckung %
Welt	80,1	72,9	69,8	76,0
davon				
EFTA (73) ¹⁾	115,1	109,3	99,8	107,2
EG (73) ²⁾	56,8	54,3	52,2	50,9
Schweiz	93,0	84,5	82,7	86,0
Norwegen	228,4	230,3	226,2	217,1
Schweden	133,1	129,5	114,5	110,9
Island	134	208,3	211,1	200,3
Portugal	109,3	159,0	136,5	143,1
Finnland	214,1	205,7	119,0	131,5
BRD	43,8	42,1	43,3	51,0
Italien	78,8	81,9	71,3	75,5
Belgien, Luxemburg	59,5	47,2	40,1	50,3
Frankreich	49,1	50,1	45,4	63,3
Niederlande	64,9	65,4	69,3	80,0
Großbritannien	112,8	98,2	92,2	121,1
Dänemark	189,2	186,0	152,0	145,2
Irland	128	127,8	79,5	80,3
Griechenland			253,0	307,1
Spanien			112,7	100,3

1) CH, S, N, P, Isl, SF.

2) BRD, F, I, NL, B, Lux, GB, DK, Gr.

Tabelle 8

Österreichs Marktanteile an den Importen der EG und EFTAMarktanteile an den Gesamtimporten (in %) ¹⁾

	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978 ⁷⁾
EFTA 72 ²⁾	1.779	1.936	1.866	1.639	1.536	1.482	1.396	1.447
EG 72 ³⁾	1.215	1.216	1.239	1.140	1.151	1.247	1.414 ⁶⁾	1.537
EFTA 73 ⁴⁾	2.574	2.838	2.684	2.470	2.207	2.197	2.055	2.262
EG 73 ⁵⁾	1.181	1.204	1.223	1.094	1.102	1.161	1.284 ⁶⁾	1.374
Schweiz	4.839	5.488	4.962	4.901	4.344	4.101	3.795	3.914
Schweden	1.820	2.004	1.939	1.813	1.857	1.844	1.709	1.707
Finnland	1.647	1.673	1.788	1.523	1.447	1.594	1.343	1.349
Norwegen	1.122	1.229	1.077	1.86	1.119	1.196	1.166	1.268
Island	443	494	475	566	556	603	500	732
Portugal	1.407	1.381	1.324	1.203	908	1.001	746	657
BRD	2.047	2.063	2.046	1.965	2.059	2.229	2.611 ⁶⁾	2.900
Italien	1.775	1.825	2.039	1.690	1.556	1.755	1.893	1.775
Niederlande	641	655	667	675	608	634	669	717
Frankreich	376	389	397	366	385	406	429	567
Belgien-Luxemburg	327	289	281	339	392	364	377	387
Irland	260	328	310	346	307	280	285	293
Dänemark	1.627	1.647	1.742	1.537	1.617	1.516	1.373	1.248
Großbritannien	1.030	1.141	1.120	878	848	741	734	772
Spanien	520	543	536	465	437	476	495	450
Griechenland	1.509	1.452	1.702	1.824	1.481	1.140	1.328	1.430

zu Tabelle 8:

- 1) Importe des Landes (der Ländergruppe) aus Österreich in % der Gesamtimporte (einschließlich des INTRA-Handels der EG bzw. der EFTA).
- 2) Großbritannien, Dänemark, Schweiz, Schweden, Norwegen, Portugal, Finnland
- 3) BRD, Frankreich, Italien, Niederlande, Belgien-Luxemburg
- 4) Schweiz, Schweden, Norwegen, Portugal, Island, Finnland
- 5) BRD, Frankreich, Italien, Niederlande, Belgien-Luxemburg, Großbritannien, Dänemark, Irland
- 6) Marktanteil infolge Aufnahme von Stromlieferungen in die deutsche Statistik überhöht.
- 7) Jänner bis September

a: WIFO (nach OECD-Statistik).

Tabelle 9Österreichs Marktanteile an den Importen der EG und EFTAVeränderung der Marktanteile an den Gesamtimporten¹⁾ gegen das Vorjahr in %

	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978 ⁷⁾
EFTA 72 ²⁾	8,9	-3,6	-12,2	- 6,3	-3,5	- 5,8	5,2
EG 72 ³⁾	0,2	1,9	- 8,0	1,0	8,3	13,4 ⁶⁾	11,7
EFTA 73 ⁴⁾	10,3	-5,4	- 8,0	-10,7	-0,5	- 6,4	11,3
EG 73 ⁵⁾	2,0	1,6	-10,6	0,8	5,4	10,6 ⁶⁾	9,8
Schweiz	13,4	-9,6	- 1,2	-11,4	-5,6	- 7,5	2,3
Schweden	10,1	-3,3	- 6,5	2,4	-0,7	- 7,3	3,1
Finnland	1,6	6,9	-14,8	- 5,0	10,2	-15,8	-3,5
Norwegen	9,5	-12,4	0,8	3,1	6,8	- 2,5	14,7
Island	11,4	-3,8	19,4	- 1,9	8,5	-17,0	45,3
Portugal	-1,9	-4,2	- 9,1	-24,5	10,3	-25,5	-16,7
BRD	0,8	-0,9	- 3,9	4,8	8,2	17,6 ⁶⁾	13,5
Italien	2,8	11,7	-17,1	- 7,9	12,7	7,9	-4,8
Niederlande	2,2	1,8	1,3	- 9,9	4,2	5,6	12,5
Frankreich	3,6	2,0	- 8,0	5,2	5,5	5,7	36,7
Belgien-Luxemburg	-11,7	-2,7	20,3	15,7	-7,1	3,7	3,5
Irland	26,1	-5,3	11,4	-11,3	-8,8	1,8	-4,8
Dänemark	1,2	5,7	-11,8	5,2	-6,2	- 9,4	-11,3
Großbritannien	10,8	-1,8	-21,6	- 3,5	-12,6	- 0,9	7,7
Spanien	4,4	-1,2	-13,3	- 6,0	8,8	4,1	-11,4
Griechenland	-3,8	17,2	7,2	-18,8	-23,0	16,5	21,8

zu Tabelle 9:

- 1) Importe des Landes (der Ländergruppe) aus Österreich in % der Gesamtimporte (einschließlich des INTRA-Handels der EG bzw. der EFTA).
 - 2) Großbritannien, Dänemark, Schweiz, Schweden, Norwegen, Portugal, Finnland.
 - 3) BRD, Frankreich, Italien, Niederlande, Belgien-Luxemburg.
 - 4) Schweiz, Schweden, Norwegen, Portugal, Island, Finnland.
 - 5) BRD, Frankreich, Italien, Niederlande, Belgien-Luxemburg, Großbritannien, Dänemark, Irland.
 - 6) Marktanteilsgewinn infolge der Aufnahme von Stromlieferungen in die deutsche Statistik überhöht.
 - 7) Jänner bis September.
- Q: WIFO (nach OECD-Statistik).

Tabelle 10

Entwicklung des Inlandmarktanteils der
österreichischen Industriegüterproduktion
1970 bis 1978

	Inlandmarktanteil ¹⁾	Veränderung gegen das Vorjahr
	in %	%
1970	61,3	- 4,7
1971	60,9	- 0,7
1972	59,9	- 1,6
1973	60,5	+ 1,0
1974	58,3	- 3,6
1975	58,9	+ 1,0
1976	55,7	- 5,4
1977	53,7	- 3,6
1978	53,2	- 0,9

1) Berechnung zu laufenden Preisen

Tabelle 11Warenmäßige Streuung des österreichischen Außenhandels

(Prozentanteile 1974 - 1978)

Warengruppen	I m p o r t e					E x p o r t e				
	1974	1975	1976	1977	1978	1 974	1975	1976	1977	1978
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Nahrungs- und Genußmittel	5,6	6,4	6,3	6,3	6,2	3,6	3,9	4,1	3,6	3,9
Rohstoffe (einschließlich elektrischer Energie)	21,7	20,6	19,5	17,3	17,4	11,1	9,2	10,5	10,5	9,5
Halbfertige Waren	19,2	16,7	16,2	15,8	16,6	24,4	23,1	21,5	22,1	21,9
Fertigwaren	53,2	56,3	58,0	60,6	59,8	60,9	63,8	63,9	63,8	64,7
a) Maschinen und Verkehrsmitteln	28,3	29,7	31,4	33,8	30,7	24,2	27,4	27,8	27,9	29,0
b) Andere Fertigwaren	24,9	26,6	26,6	26,8	29,1	36,7	36,4	36,1	35,9	35,7
o d e r :										
a) Investitionsgüter	17,1	17,0	17,5	18,1	19,3	21,4	25,3	25,0	23,8	24,8
b) Konsumgüter	36,1	39,3	40,5	42,5	40,5	39,5	38,5	38,9	40,0	39,9
Sonstige Waren	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Tabelle 12

Die Entwicklung des agrarischen Außenhandels mit den EG¹⁾
(in Mill. ÖS)

	EG 72 ²⁾				EG 73 ³⁾					
	1960	1965	1968	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978
Österr. Einfuhren	1.799	3.157	2.653	4.051	5.659	6.269	6.581	7.969	8.826	8.667
Österr. Ausfuhren	1.235	1.774	1.806	3.529	3.310	3.148	3.318	3.584	3.607	4.178
Saldo	- 564	-1.383	- 847	- 522	-2.349	-3.121	-3.263	-4.385	-5.219	-4.489

Die Entwicklung des agrarischen Außenhandels mit Großbritannien, Dänemark und Irland¹⁾
(in Mill. ÖS)

	1960	1965	1968	1972
Österreichische Einfuhren	170	440	383	631
Österreichische Ausfuhren	84	230	260	351
Saldo	- 86	-210	-123	- 280

1) Berechnung nach dem SITC-Code.

2) BRD, F, I, NL, B, Lux.

3) BRD, F, I, NL, B, Lux, GB, DK, Irl.

Produktionswerte der österreichischen Industrie
(in Mill.ÖS)

	1973	1974	1975	1976	1977	1978 2)
Bergwerke und eisenerzeugende Industrie	18.599	21.025	20.731	25.789	26.130	28.288
Erdöl	9.723	16.674	18.472	22.815	22.587	24.296
Steine und Keramik	12.010	13.607	13.329	14.557	15.829	16.338
Glas	2.562	2.906	2.455	2.881	3.126	3.146
Chemie	31.109	40.370	38.835	44.408	47.153	48.542
Papiererzeugung	11.946	16.766	16.611	17.578	17.519	16.155
Papierverarbeitung	4.178	5.408	5.512	5.833	5.989	5.878
Holzverarbeitung	10.382	11.692	11.052	12.490	14.169	14.514
Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾	38.233	41.871	45.164	49.837	54.735	56.235
Ledererzeugung	868	937	923	1.141	1.208	1.175
Lederverarbeitung	4.758	4.822	4.451	5.010	5.541	4.471
Gießereien	3.480	3.882	4.018	4.225	4.339	4.471
Metall	7.662	10.079	7.467	8.788	9.871	9.503
Maschinen- und Stahlbau	24.007	29.676	32.310	35.825	38.231	40.697
Fahrzeug	9.744	11.652	11.211	13.129	15.352	13.817
Eisen- und Metallwaren	20.944	24.034	22.813	25.660	27.595	29.050
Elektro	20.425	24.052	22.855	25.555	28.360	28.993
Textil	20.971	22.426	19.627	21.752	22.211	21.511
Bekleidung	9.409	10.123	10.099	10.652	11.014	10.595
Insgesamt	261.010	312.002	308.935	347.925	370.958	378.727

1) Einschließlich Tabakindustrie

2) Vorläufige Werte